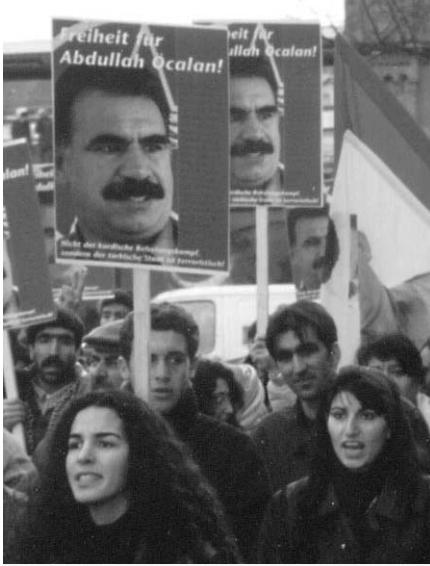


Politische Berichte



*Am 31. Mai beginnt der Prozeß
gegen Abdullah Öcalan* S. 7

*Gegen Naziaufmarsch – Köln stellt
sich quer ... Hamburg auch* S. 10



*Der Balkan wird zum „Hinterhof“ S. 3
Gewerkschafter für Angriffsstopp S. 15
Der Vertrag von Amsterdam beinhaltet
Grundlegung für EU-Intervention S. 19*



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHIET VIERZEHNTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Christiane Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821.

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN-Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32 ... und Ost Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Diefenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030 / 69 40 10 39, Fax: 030 / 69 40 10 41

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Alfred Küstler, GNN-Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

AKTUELL

VERTREIBUNG. Im Oktober 98 hatte der Bundestag die deutsche Beteiligung an Militäreinsätzen gegen Jugoslawien beschlossen, Ende März begannen die NATO-Bombenangriffe. In dieser Zeit der Vorbereitung auf den Angriffskrieg, d.h. vom 16.10.98 bis zum 25.3.99, hat das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge 13.352 Asylanträge von Kosovo-Flüchtlingen abgelehnt. Dies räumte jetzt die Bundesregierung auf eine Anfrage der PDS ein. Selbst nach Beginn der als „humanitäre Intervention“ bemäntelten Bombenangriffe verschickte das Bundesamt „versehentlich“, so die Bundesregierung, „noch einige wenige ablehnende Entscheidungen“. Nur weil bereits ein Flugverbot gegen jugoslawische Fluglinien in Kraft war, wurden die Kosovo-Flüchtlinge nicht mehr bzw. noch nicht nach Belgrad abgeschoben. 13.352 Negativentscheidungen entsprechen übrigens einer Ablehnungsquote von 98,9%, d.h. nur 1,1% aller Anträge wurde stattgegeben und damit noch weniger als 1995 (5,5%).

ALTFALLREGELUNG? Am 11. Juni will die Innenministerkonferenz eine Altfallregelung für Flüchtlinge beschließen: Von den Zusagen im Koalitionsvertrag, ein humanitär begründetes Bleiberecht für langjährig hier lebende Flüchtlinge zu schaffen, deren Asylantrag abgelehnt wurde, die aber nicht abgeschoben werden konnten, bleibt dabei jedoch nicht viel übrig. Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und teilweise Sachsen haben bereits angekündigt, die Altfallregelung nicht mitzutragen. Auch SPD-regierte Länder wollen nur eine hinsichtlich der Stichtage veränderte Neuauflage der von Kanther 1996 getroffenen Regelung. Das hätte zur Folge, wie die PDS-Bundestagsfraktion in einer Kleinen Anfrage feststellt, daß Staatsangehörige aus der BR Jugoslawien, darunter auch Kosovo-Flüchtlinge, traumatisierte ehemalige Lagerhäftlinge aus Bosnien-Herzegowina, serbische Deserteure – sowie Flüchtlinge aus Bosnien, Vietnam, Rumänien, Algerien – und damit ein Großteil der Betroffenen – nicht unter die Altfallregelung fallen und daß die Hürden, die 1996 dafür gesorgt hatten, daß am Ende nur 7.800 Flüchtlingen statt ca. 20.000 Aufenthaltsbefugnisse ausgestellt wurden, bestehen bleiben. Flüchtlingsräte, Pro Asyl u.a. fordern, daß Flüchtlinge, auch solche ohne Status, die länger als 5 Jahre in Deutschland leben, eine Aufenthaltsbefugnis erhalten, unbegleitete Minderjährige nach wesentlich kürzerer Zeit. Da Beschlüsse der Innenministerkonferenz einstimmig gefaßt werden müssen und von den Innenministern, die nicht zugestimmt haben, nicht eingehalten werden müssen, fordert Pro Asyl eine Altfallregelung per Gesetz.

TERRORISTISCHE VEREINIGUNG. Nach der freiwilligen Rückkehr von Barbara Meyer, die auf den Fahndungsplak-

ten der BRD-Staatssicherheit jahrelang als eine der acht meistgesuchten „Terroristen“ ausgeschrieben war, sich jetzt aber bei den Behörden meldete, um ihren Sohn aufs Gymnasium zu melden, hat die BAW die RAF-Fahndungsplakate zurückgezogen. Von den Vorwürfen gegen Barbara Meyer bleibt allem Anschein nach praktisch nichts. Horst Meyer, ebenfalls einer der Meistgesuchten, ist wahrscheinlich seit langem tot; bei Andrea Klump, dito, hatte das Bundesamt für Verfassungsschutz im letzten Jahr bereits „Zweifel an der tatsächlichen Zugehörigkeit zum Kreis der Illegalen“ angemeldet. Schon vor Jahren hatte sich der als Herrhausen-Attentäter gesuchte Seidler freiwillig zurückgemeldet. Wer Zimmermann, Beckurts, von Braunmühl, Rowedder und Herrhausen tötete, liegt völlig im Dunkeln. Licht wirft Meyers Rückkehr dagegen auf die geradezu verbrecherische Politik der Staatssicherheit: Ihr Repressionsdruck hat jahrelang willkürlich Menschen in die Illegalität getrieben und zu Gejagten gemacht, die im Fall ihrer Ergreifung mit dem Todeschuß oder lebenslanger Haft rechnen mußten. Nicht vergessen werden sollte aber auch, daß sich die Behörden u.a. auch für ihren Mißerfolg bei der Aufklärung an einigen Gefangenen aus der RAF rächen, die sie als Geiseln halten und an denen sie die buchstäblich lebenslange Haft vollstrecken.

ALTERSUNSICHERHEIT. Eine Untersuchung zeigte jetzt, was die weitreichende Zerstörung des Rentenversicherungssystems für die Versicherten bedeutet: Für die Mehrzahl der Versicherten der Jahrgänge 1936-1955 ist die Rente aus der Rentenversicherung das wichtigste, für 17% der Männer und 36% der Frauen sogar das einzige Alterseinkommen. Die Anwartschaften aus Betriebsrenten verringern sich der Studie zufolge eher; derzeit haben im Westen 36% der Männer und 12% der Frauen, in Ostdeutschland nur 4 bzw. 2% einen Anspruch. Die wenigsten haben Ansprüche aus privater Altersvorsorge, und wenn, sind die Beiträge eher marginal: Sie reichen von durchschnittlich 352 DM für Rentner im Westen bis zu 140 DM für Rentnerinnen im Osten.

KIRCHENSTEUERANSTIEG. Die Kirchensteuereinnahmen der 24 in der EKD zusammengeschlossenen Landeskirchen sind 1998 um 2,8% gegenüber 1997 angestiegen; sie lagen bei 7,79 Mrd. DM. Die Kirche beklagt indes, daß der Anstieg eher „technische Ursachen“ habe, also keine Trendwende bedeute und daß die staatlichen Einnahmen aus Lohn- und Einkommenssteuer demgegenüber um 5,44% gestiegen seien.

WAS KOMMT DEMNÄCHST? Der Bundestag tagt erst wieder am 16. und 17.6. •

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.
- o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (32,50 DM / 65 DM).
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)
- o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart

Der ganze Balkan wird zum „Hinterhof“

Wurden in der Woche vor Pfingsten die Bedingungen für eine diplomatische Beendigung des NATO-Balkankrieges geschaffen? Die jugoslawische Regierung hat, wie der russische Sonderbeauftragte Tschernomyrdin öffentlich bezeugte und wie von der westlichen Kriegspropaganda nun nicht mehr zugeschüttet werden kann, zugestimmt, in Verhandlungen auf der Grundlage des G8-Beschlusses einzutreten. Trotzdem ist Skepsis angebracht. Denn die NATO hält an Bedingungen fest, die einer Kapitulation Jugoslawiens gleichkommen, und setzt ihr Vernichtungswerk fort.

Zum einen hören die NATO-Mächte weiterhin nicht auf, die UNO zu diskreditieren und auszuschalten. Denn die hatte schon vor einigen Wochen den slowakischen Außenminister Kukan und den schwedischen Ex-Premier Carl Bildt, einen scharfen Kritiker des NATO-Vorgehens, als Vermittler eingesetzt. Prompt wies die NATO Bildt zurück und bestellte statt dessen, d.h. in Konfrontation mit der UNO, auf Vorschlag der BRD den finnischen Präsidenten Ahtisaari.

Zum zweiten verschärft die NATO die Zerstörung Jugoslawiens und die Terrorisierung der Bevölkerung. Die Infrastruktur ist inzwischen völlig zerbombt. Die Angriffe auf die Elektrizitätswerke, die angeblich nur die Armee schädigen, führen zu einer scharfen Krise der



Deutsche Begründung für drei Angriffskriege gegen Serbien: „Deutsche Kolonisation, deutscher Gewerbfleiß und deutsche Bildung sollen das geistig niedriger stehende Völkergemisch in unserem Südosten assimilieren und weiterentwickeln, sollen bis Kleinasien als ein Bindemittel dienen, durch das sich große und zukunftsreiche Wirtschaftsgebiete, unter welcher Form es auch sein mag, uns angliedern ...“ Leitartikel der Alldeutschen Blätter von 1894. Bild: res

Strom- und Wasserversorgung der Bevölkerung. Aus Krankenhäusern z.B. kommen Hilferufe, daß der Stromausfall akut das Leben zahlloser zu früh geborener Kinder gefährdet, die nur durch stromintensive Apparaturen am Leben gehalten werden können. Durch anhaltende Steigerung der Bombenangriffe

steigt die Zahl ziviler Opfer immer schneller.

Schließlich intensiviert die NATO ihre Pläne für einen Bodenkrieg. Ob zur Vorbereitung des Bodenkrieges oder nicht: Indem die NATO ihren Aufmarsch in der gesamten Balkan-Region fortsetzt und forciert, schafft sie Fakten, die nichts

Die Rüstungsindustrie hat schon lange gewonnen

Einen Höhenflug erleben die Aktien westeuropäischer Rüstungsproduzenten, vor allem im Flugzeug- und Raketenbau. In den letzten Tagen sind zum Beispiel die Kurse von Rüstungswerten der französischen Kampfflugzeugproduzenten Thomson-CSF und Lagarde sowie von British Aerospace (BA) um 10 bis 20 Prozent gestiegen. Nach einem Bericht des Börsenanalysten Goldman-Sachs sind die Gewinne aber bei den Rüstungsfirmen unterschiedlich verteilt. Der größte Teil des Kriegsmaterials stammt aus den Vereinigten Staaten. Vergleichbare oder bessere europäische Systeme haben in den allermeisten Fällen gerade erst die Produktionsreife erreicht oder dürften dies in den nächsten 18 bis 24 Monaten tun. Richtig Profit scheffeln konnte bisher nur die Firma Raytheon aus den USA, die die Tomahawk Cruise missiles produziert.

Der namhafte Rüstungsexperte der Finanzierungsgesellschaft Salomon Smith Barney, Nick Cunningham, meinte: „Europa hat sich seit längerem

auf einen Dritten Weltkrieg vorbereitet, in dem die Mengen wichtiger erschienen als die Qualitäten.“ Jetzt aber habe die Erfahrung mit den Bombardierungen von Belgrad und Kosovo eine Korrektur notwendig gemacht. Die Schwierigkeiten, die das Wetter oder die schlechte Sicht zum Beispiel über Kosovo bereit hätten und die auch keine „Drohnen“ oder Radiokommunikationen ausgleichen können, hätten den dringenden Bedarf an größerer Treffsicherheit, an Flexibilität und Präzision erhöht. „Kosovo verändert die Ideen der Militärs über die Art der Ausrüstung, die notwendig ist, und das könnte einen massiven Zyklus des Austausches von Waffensystemen auslösen,“ so der Experte.

In seiner Analyse kommt der Londoner Rüstungsexperte zu dem Schluß, daß der Rückgang an Rüstungsausgaben seit Beendigung des Kalten Krieges nunmehr seine Talsohle durchschritten habe. Was unter anderem daran abzulesen sei, daß eine neue Generation von Jagdflugzeugen in Westeuropa in Entwicklung sei. Sowohl Dassault Aviations Produktion von Rafales als auch der Eurofighter, der vom konkurrierenden Vier-Länder-Konsortium produziert

wird, werden ihren Umsatz in den nächsten sechs Jahren in die Höhe schießen lassen, wird versichert. Westeuropa würde auch seine eigenen Cruise missiles von Matra BA Aerodynamics, einem gemeinsamen Projekt von Lagardere und BA, erhalten.

Die Rüstungseuphorie in Londons City kennt kaum Grenzen, wie aus Verlautbarungen der Investitionsfirma Charterhouse hervorgeht. „Die Rüstungsindustrie bewegt sich in eine Periode von Ausrüstungsproduktionen, wie sie seit den letzten 20 Jahren nicht mehr erlebt wurde“, verspricht der weltweit agierende Finanzier. Rüstungsaktien würden stark an Wert durch die Beschleunigung von Fusionen und Übernahmen gewinnen, behauptet „Financial Times“ und führt als Beispiel die Zusammenführung der Raketenproduktion von British Aerospace, Lagardere (Frankreich) und Italiens Finmeccanica an, die vergangene Woche bekanntgegeben wurde. Das Londoner Blatt resümiert: „Indem die Rüstungsindustrie ihre mageren Zeiten hinter sich läßt, können sich Rüstungsaktien als eine bessere Investition erweisen als noch vor einem Jahrzehnt.“ hav

so schnell aus der Welt schaffen kann, auch ein Friedensschluß nicht.

Am 14. Oktober 1998, zwei Tage vor dem Beschuß des Bundestages zum Einsatz der Bundeswehr auf dem Balkan, schrieb „Die Welt“: „In Europa ist ein neues Gehege von Sicherheit eingezäunt, und Slobodan Milosevic wird als erster durch das Gatter getrieben – ganz gleich, ob nun mit Diplomatie, die sich auf eine militärische Drohung stützt, oder doch noch mit offener Waffengewalt. Die NATO hat sich den Balkan zu etwas gemacht, das die Amerikaner „ihren Hinterhof“ nennen würden. Das ist gut so, denn der Balkan geht uns an. Und es ist legitim, den die NATO ist ein Verteidigungsbündnis ...“

Tatsächlich hat die NATO mit ihrer militärischen Bedrohung der Souveränität und territorialen Integrität Jugoslawiens die Souveränität der benachbarten Länder längst zerstört und sie de facto in ihr Protektorat verwandelt. Zehntausende NATO-Soldaten halten nicht nur Bosnien, sondern auch Albanien und Makedonien besetzt, und es werden täglich mehr. Allein die USA bereiten die Entsendung weiterer 50 000 Soldaten vor. Ungarn, Rumänien, Bulgarien dienen als logistisches Hinterland und sind in den Krieg hineingezogen, der zugleich ihre eigene Wirtschaft schwer beschädigt.

Und schon ist nicht mehr zu übersehen, daß selbst bei einem Friedensschluß die NATO weitere „Krisen“ schafft und schürt, abgesehen davon, daß die großalbanischen Bestrebungen der albanischen Nationalisten nicht zum Erliegen kämen. Die öffentliche Meinung hierzulande wird systematisch auf weitere „Konfliktherde“, d.h. auf neue Bürgerkriege –

diesmal zur Lösung Montenegros und der Vojvodina – vorbereitet. Die Drohungen sind ernstzunehmen. Die NATO-Kriegspropaganda kündigt unverhüllt an, daß das Krisenszenario in der Region aufrechterhalten und ausgeweitet wird, daß die gesamte Region in Spannung gehalten wird, womit im voraus die dauerhafte Präsenz der NATO auf dem „Hinterhof“ Balkan legitimiert wird. Und: Durch die endgültige Zerstörung Jugoslawiens würde Serbien auf die Größe reduziert, die es vor dem 1. Balkankrieg 1912 hatte. Es würde vom Meer abgeschnitten, und es wäre dann ausschließlich von NATO-Gebiet umgeben. Diese Optionen der NATO, die Serbien nur die Alternative der sofortigen oder späteren Kapitulation lassen, sind das wirklich entscheidende Hindernis für Frieden und eine friedliche Lösung bestehender Konflikte auf dem Balkan.

Dabei treiben die westlichen „Menschenrechts“-Interventionisten die Instrumentalisierung der Kosovo-Albaner auf furchtbare Höhen. Selbst wenn sonst keine Hindernisse beständen, könnten diese nicht in den Kosovo zurück, solange die NATO das Gebiet zerbombt. Ab September aber herrscht in der ganzen Region ein rauhes Wetter. Ist der Krieg bis dahin nicht beendet, droht, spätestens dann, eine humanitäre Katastrophe, die alles Bisherige in den Schatten stellt. Auch und nicht zuletzt deshalb darf der Meinungskampf für die sofortige Beendigung der NATO-Angriffe nicht nachlassen, im Gegenteil.

Es gibt einige Anzeichen, daß die öffentliche Zustimmung zum NATO-Krieg bröckelt, je mehr sich das vorgebliche Kriegsziel der Sicherung der Menschenrechte als Lüge erweist. So mehren sich

Erklärungen z.B. aus den Gewerkschaften oder den Kirchen, die auf Abstand zur Politik der Bundesregierung gehen und den Krieg zunehmend schärfer kritisieren. In dieser Situation hat der Grüne Sonderparteitag mit Mehrheit entschieden, den Kriegskurs der Bundesregierung zu unterstützen. Aus purem Machtbehalt? Aus eingefleischter Überzeugung, die „Völker da unten“ mit der „western way of life“, der westlichen Lebensweise beglücken zu müssen? Was immer die Motive gewesen sein mögen – die Grünen haben nicht den Mut gefunden und die Gelegenheit versäumt, ihren schwerwiegenden Fehler der Zustimmung zum Angriffskriegs zu korrigieren. An ihrer Verantwortung für das Zerbrechen des Nachkriegskonsenses und die Zerstörung der Nachkriegsordnung werden sie lange zu tragen haben. Nach dem Parteitag waren sie nicht einmal imstande, den Parteitagsbeschuß (befristete NATO-Feuerpause) in der Politik des Außenministers oder auch nur in einen Antrag der Grünen Fraktion an den Dtsch. Bundestag umzusetzen. scc



Grüner Sonderparteitag: Unter Polizeischutz in die Nichtigkeit. Bild: Jolst

China protestiert gegen weltweites US-Raketenabwehrschild

Ein Thema, das in der deutschen Öffentlichkeit kaum Aufmerksamkeit erregt hat, aber in der chinesischen (und russischen) Diskussion fast pausenlos wiederkehrt, ist die Reaktion auf amerikanische Pläne, „Theatre Missile Defense“-Systeme (TMD) zu errichten, d.h. weltweit ganze Gürtel von Raketen zu installieren, deren einziger Zweck es ist, gegnerische Raketen abzuschießen. Dieses TMD soll nicht nur dem Schutz der USA selbst dienen, sondern soll – in einer Art Vorwärtsverteidigung – u.a. auch in bestimmten Teilen Asiens installiert werden, sei es nun, daß die dort stationierten US-Streitkräfte (auf Okinawa und in Südkorea) geschützt werden sollen, oder sei es, daß auch Taiwan mit einbezogen wird. Die Clinton-Regierung hat Pläne dieser Art im Januar 1999 verkündet, und zwar mit dem konkreten Hinweis, daß Washington

rund 4 Mrd. US-Dollar für die Erforschung, Erprobung und Einrichtung solcher TMD-Systeme in den kommenden sechs Jahren ausgeben will. Weitere 6,6 Mrd. US-Dollar sollen für die weitere Zukunft bereitgestellt werden.

Ausgangspunkt für solche Überlegungen ist zum einen der schnelle Fortschritt der Nordkoreaner beim Raketenbau, die im August 1998 bereits eine dreistufige Rakete erfolgreich getestet und das Projekt – über Japan hinweg – in den Pazifik abgefeuert haben; dadurch sei gezeigt worden, daß Nordkorea nicht nur Japan, sondern eines Tages vielleicht sogar US-Territorium angreifen könne; neuerdings sind auch die Raketenversuche in Indien und Pakistan mit hinzugekommen. In den amerikanischen Überlegungen spielt darüber hinaus auch China eine Rolle – und die Idee, vielleicht auch chinesische Nuklearraketen zu neutralisieren.

China wendet sich in aller Entschiedenheit gegen die amerikanischen TMD-Pläne. Es ist der Meinung, daß die Entwicklung, die Aufstellung und der

Transfer von Antiraketen-Raketen-Systemen der weltweiten Sicherheit nicht etwa dienen, sondern ihr im Gegenteil eher schadeten da die Gleichgewichte erneut in Unordnung gebracht würden.

Die Einbeziehung Taiwans in das TMD-System liefe überdies auf eine ernsthafte Verletzung der territorialen Integrität und Souveränität der VR China hinaus und verstieße gegen die drei chinesisch-amerikanischen Gemeinsamen Communiqués. Darüber hinaus fürchtet Beijing, daß das TMD-Programm ein neues kostspieliges Wettrüsten in Gang setze. China ist sich mit Rußland darin einig, daß die amerikanischen Pläne gegen die ABM (Anti-ballistic Missiles) Konvention von 1972, die von Moskau als Ausgangspunkt nuklearer Stabilität betrachtet wird, verstößt. Die Errichtung eines Raketenabwehrschilds werde auf die chinesisch-amerikanischen Beziehungen einen „weitreichenden negativen Einfluß haben“, betonte auch ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums am 23.3. 1999. Quelle: China Aktuell / März 1999

Am 6. Juni wollen sich linke Grüne bzw. ehemalige Grüne in Dortmund treffen, um das weitere Vorgehen zu beraten und Aktivitäten zu koordinieren. Allem Anschein nach ist nach dem Bielefelder Parteitag ein größerer Teil der Kriegskurs-Kritiker und -Kritikerinnen bei den Grünen verblieben. In einigen Städten und Regionen allerdings haben die Bündnisgrünen herbe Verluste zu verzeichnen. In Mannheim z.B. ist der grüne OB-Kandidat Günter Urbanczyk ausgetreten und hat seine Kandidatur zurückgezogen, so daß davon auszugehen ist, daß die Grünen nun keinen eigenen Kandidaten aufstellen.

Eine deutliche Zäsur setzten fünf GAL-Bürgerschaftsabgeordnete, mit ihnen etliche Abgeordnete (auch Fraktionsvorsitzende) in den Hamburger Bezirksversammlungen und eine unbekannte Zahl von Mitgliedern. Wir dokumentieren die Erklärung der Abgeordneten, die aus Partei und Fraktion austraten und eine eigene Gruppe in der Bürgerschaft bildeten.

scc

Erklärung

Wir fangen etwas Neues an

Die grüne Partei hat sich zu Himmelfahrt mehrheitlich für die Unterstützung der militärischen Aktionen der NATO in Jugoslawien ausgesprochen.

Damit hat sie eine der wichtigsten Orientierungen dieser Partei beerdigt: eine deutliche Anti-Kriegs-Politik. Sie bietet so kein Forum mehr für die Menschen,

die sich für eine sofortige Beendigung der Bombardements aussprechen, die die Rolle der NATO als neue Weltpolizei nicht akzeptieren,

die entsetzt sind von der neuen militärischen Dominanz gegenüber der Politik.

Die schleichende Auflösung grüner Grundsätze bezieht sich nicht nur auf diesen Politikbereich. Die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik ist von einer zunehmenden FDPisierung bestimmt. Bundesweite Politik der grünen Partei ist gekennzeichnet durch Forderungen nach einem Niedriglohnsektor, steuerlicher Nettoentlastung der Unternehmen und Einschnitten in das soziale Netz (und damit sozialer Ausgrenzung). Wir werden uns an diesem Wettstreit um die neue Mitte zwischen FDP, grüner Partei sowie Hombachs und Schröders SPD nicht beteiligen. Dagegen setzen wir die Themen soziale Gerechtigkeit,

Umverteilung von oben nach unten und der sozialen BürgerInnenrechte für alle Menschen.

Die Ökologie ist in der grünen Partei zunehmend zu einer ökologischen Steuerreform verkommen, die hauptsächlich die „Lohnnebenkosten“ senken soll. Der Streit für den Ausstieg aus der Atomenergie stand Pate bei der Gründung der grünen Partei. Das weitgehende Einknicken der rot-grünen Bundesregierung vor der Atomlobby ist für uns schwer zu ertragen.

Wir wollen ausdrücklich betonen, daß wir nicht die Notwendigkeit von Kompromissen oder die Politik der kleinen Schritte kritisieren. Vielmehr kritisieren wir, daß eine Mehrheit dieser Partei in weiten Bereichen grüne politische Vorstellungen aufgegeben hat.

Diese Partei wird zunehmend weniger interessant für Menschen, die sich für soziale, ökologische, antimilitaristische und basisdemokratische Vorstellungen einsetzen. Statt dessen zieht sie mehr und mehr Menschen an, die eine politische Karriere ins Zentrum ihrer Überlegungen stellen.

Diesen Prozeß können wir in der Partei nicht aufhalten. Wir haben uns deshalb entschieden aufzuzeigen, daß eine moderne linke Politik außerhalb dieser Partei Erfolg haben kann. Dieser Neuanfang ist ein offener Prozeß und nicht Sache von uns allein. Wir wollen möglichst viele Menschen neu gewinnen. Wir wollen natürlich auch mit all denen weiter zusammenarbeiten, die innerhalb und außerhalb der GAL gemeinsam mit uns Politik gemacht haben.

Die MandatsträgerInnen, die aus der Partei Bündnis 90/Die Grünen austreten, wurden für eine soziale, ökologische und antimilitaristische Politik gewählt. Die Mehrheit der Partei hat ihre Politik nun aber anders und neu bestimmt. Wir werden unsere Mandate beibehalten und wollen alle Menschen und Gruppen, denen eine Anti-Kriegs-Politik, Ökologie und soziale BürgerInnenrechte am Herzen liegen, einladen: Laßt uns gemeinsam etwas Neues anfangen! Hamburg, 18.5.1999
Julia Koppke, Heike Sudmann, Susanne Uhl, Norbert Hackbusch, Lutz Jobs



Protest beim Bielefelder Sonderparteitag. Bild: Jolst

Niedriglöhne

Eine Tietmeyer-Idee

Auf den ersten Blick spricht einiges für den Vorschlag: Alle Löhne unter 1500 DM sind vollständig von Sozialabgaben befreit, bis 2800 DM sollen verringerte Beitragssätze gezahlt werden. Die soziale Absicherung für diese Geringverdiener soll aus Steuern finanziert werden, Einsparungen bei der Arbeitsmarktpolitik sollen die Mittel dafür freisetzen. Ist das endlich die Korrektur der unglücklichen 630-DM-Jobs-Gesetzgebung, bei der den Geringentlohnten ohne Gegenleistung Versicherungsgelder abgeknöpft werden? Eher nicht, die Hoffnungen auf eine soziale Korrektur schwinden bei näherer Betrachtung.

Manchmal lohnt es sich zu verfolgen, wer bestimmte Ideen, die die öffentliche Diskussion bewegen, in die Welt gebracht hat. Etwas versteckt im Wirtschaftsteil großer Zeitungen konnte man die Notiz finden, daß am 8. Mai der Finanzminister Frankreichs, Strauss-Kahn, der bundesdeutsche Finanzminister, Hans Eichel, der Chef der französischen Notenbank, Jean-Claude Trichet, sowie Hans Tietmeyer, Präsident der Bundesbank, beim deutsch-französischen Wirtschafts- und Finanzrat in Aix-en-Provence einen „Pakt gegen die Arbeitslosigkeit“ diskutiert haben. Dieser Pakt, der beim EU-Gipfel im Juni in Köln verabschiedet werden soll, beinhaltet unter anderem die Förderung eines Niedriglohnsektors. Die Idee stammt also aus den Kreisen des Finanzkapitals. Das Kapital will EU-weit in weitaus höherem Maße als bisher aus den Arbeitslosen ein tatsächlich zu Niedriglöhnen verfügbares Reservoir an Arbeitskräften machen.

Dafür würde aber die schlichte Idee, Geringverdiener zahlen keine Versicherungsgelder, nicht taugen. Prompt kam auch vom Präsidenten der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Dieter Hundt, der Einwand, es gelte, bei der Einführung von subventionierten Niedriglöhnen „massive Mitnahme-Effekte“ zu verhindern. Nur erwerbslose Geringqualifizierte, Langzeitarbeitslose und erwerbsfähige Sozialhilfebezieher sollten Anspruch auf den Zuschuß zur Sozialversicherung haben. Die „Mitnahme-Effekte“, die Hundt verhindern will, wären auf Seiten der Beschäftigten Verminderung des Leistungs- und Einkommensdrucks: So würde z.B. eine Freistellung von Sozialabgaben Teilzeitarbeit für viele Beschäftigte plötzlich attraktiver machen.

Das wollen die Kapitalisten aber nicht. Es geht ihnen nur um eines: Die Ausgaben des Arbeitsamtes für Qualifizierungsmaßnahmen usw. sollen verschwinden bzw. drastisch reduziert werden. Statt Förderkursen (über deren Sinn und Wert man ja durchaus diskutieren

kann) sollen Langzeitarbeitslose dann gedrückt werden, einen „subventionierten“ Niedriglohn-Job anzunehmen. Die übrigen gering entlohten Beschäftigten sollen aber nicht weniger Sozialversicherungsbeiträge zahlen, denn Zweck ist nicht mehr Geld für Geringverdiener, sondern schlicht und einfach Drücken der Entlohnung für ehemals Arbeitslose und damit Druck auf den Lohnstandard insgesamt.

Vom Arbeitsminister Walter Riester ist auch nicht zu erwarten, daß er eine Umlverteilung hin zu den Niedriglöhnnern unterstützt. Er rechnete vor, eine vollständige Befreiung der Löhne unter 1500 DM (bzw. teilweise unter 2800 DM) würde rund 30 Milliarden Mark weniger Einnahmen für die Sozialversicherungen bedeuten, die könnten aber unmöglich durch Kürzungen an anderer Stelle bekommen. Man spürt, dem Funktionärs-Sozialdemokraten ist die Vorstellung von Apparatveränderung zuwider.

So besteht zu befürchten, daß die Planung von Tietmeyer und Co. einfach aufgeht.

alk



PDS legt Antrag vor

Volle Teilhabe von Menschen mit Behinderungen !

Die PDS-Bundestagsfraktion hat Ende April einen Antrag vorgelegt, mit dem sie ein „Gesetz zur Sicherung der vollen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen oder chronischen Krankheiten am Leben der Gemeinschaft, zu deren Gleichstellung und zum Ausgleich behinderungsbedingter Nachteile“ (Teilhabesicherungsgesetz – ThSG) erreichen will. Damit nimmt sie seit 20 Jahren von Behindertenorganisationen, Selbsthilfegruppen u.a. erhobene Forderungen nach einem in sich geschlossenen, vereinheitlichten und transparenten Behindertenrecht auf. Denn trotz der Verfassungsreform von 1994, mit der die Diskriminierungsverbote um ein neues Grundrecht für Behinderte erweitert wurden („Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden“), sind zur Durchsetzung von Selbstbestimmung und gesellschaftlicher Teilhabe konkrete Gesetze unabdingbar. „Die aus (körperlichen, geistigen, psychischen und/oder sensorischen „Defiziten“) erwachsenden Behinderungen sind in der Regel gesellschaftlicher Art“, heißt es in der Begründung des Antrags. „Sie werden von Menschen gemacht ... Weder bauliche noch kommunikative Barrieren müssen sein. Es gibt heutzutage genügend technische Möglichkeiten, sie zu vermeiden bzw. vorhandene zu beseitigen. Auch Vorurteile, Ängste, Unsicherheiten im Umgang miteinander müssen nicht sein. Sie können abgebaut, verringert, beseitigt wer-

Ein besonders schwerwiegendes Problem ist die Arbeit in „Werkstätten für Behinderte“. Rund 160.000 Behinderte arbeiten bundesweit in ca. 1.150 solcher Werkstätten. Prekär ist dabei v.a. die rechtliche Stellung behinderter Menschen, ihre Mitwirkung in betrieblichen Belangen und die Zahlung eines angemessenen Arbeitsentgeltes. Der Höhe nach eher ein Taschengeld, beträgt es durchschnittlich 250 bis 300 DM im Monat. Von der Durchsetzung der Forderung nach einem Solidarpakt mit Menschen mit Behinderungen ist diese Gesellschaft noch weit entfernt.

den. Das geht aber nur, wenn beide Seiten – Menschen mit und ohne Behinderungen – einander kennen. Um das zu ermöglichen, müssen diejenigen, denen es gegenwärtig noch aus vielfältigen Gründen schwerer fällt, nach eigenen Wünschen, Bedürfnissen und Fähigkeiten am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben, „bevorzugt werden“. So erhalten sie wenigstens annähernd gleiche Chancen zur Entfaltung ihrer Persönlichkeit. Das ist der Zweck dieses Teilhabesicherungsgesetzes.“

An konkreten Einzelmaßnahmen fordert die PDS in ihrem Antrag unter anderem folgende ein:

1. ein Teilhabesicherungsgeld, das zum frei verfügbaren Einkommen für Menschen wird, die aufgrund ihrer Behinderungen keine oder nur sehr geringe Chancen zu bezahlter Erwerbsarbeit haben, und von der Bedürftigkeitsprüfung der Sozialhilfe befreit. Die PDS schlägt dazu als Grundvariante eine soziale Grundsicherung (das soziokulturelle Existenzminimum wird derzeit auf ca. 1.425 DM veranschlagt) plus einen Beitrag zur Deckung des behinderungsbe-

dingten Mehraufwandes vor. 2. Das ThSG solle Versuche, verschiedene Assistenz-Modelle zu praktizieren, so unterstützen, daß sie zum Regelfall werden. 3. Der als diskriminierender Heimeinweisungsparagraph wirkende Kostenvorbehalt des BSHG-§1a muß ersetztlos gestrichen werden, da er die freie Wahl der Wohnform für behinderte Menschen einschränkt. 4. Da Arbeit eine wesentliche Grundlage für die Gestaltung eines Lebens in Selbstbestimmung ist, soll die Pflichtquote für die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen im Bereich der öffentlichen Arbeitgeber erhöht werden. 5. Das ThSG soll die staatlichen Verwaltungen zu aktiver Durchsetzung des individuellen Anspruchs einzelner behinderter und/oder chronisch kranker Menschen auf Schutz vor Diskriminierung und Ausgleich behinderungsbedingter Nachteile verpflichten. 6. Gefordert wird ein eigenes Verbandsklagerecht für Behindertenorganisationen. scc

Der vollständige Antrag kann unter <http://www2.pds-online.de/bt/index.htm> abgerufen werden

Am 31. Mai beginnt der Prozeß gegen Abdullah Öcalan

Am 31. Mai beginnt auf der Gefängnisinsel Imrali in einem eigens gebauten Hochsicherheitstrakt der Prozeß gegen den PKK-Präsidenten Abdullah Öcalan. Begleitet wird die Verfahrenseröffnung von einer Welle staatlicher Angriffe auf die legale Opposition in der Türkei mit Verhaftungen, Folterungen, immer neuen Gefängnisurteilen gegen kurdische Oppositionelle sowie Verbannung von Gewerkschaftern aus den kurdischen Gebieten, die für einen Friedensprozeß eintreten. Zudem ist die türkische Armee mit mehreren zehntausend Soldaten am 18. Mai erneut in den Irak nach Südkurdistan eingefallen, und es wurde in der Nähe von Sirnak ein Giftgasangriff der Armee bekannt, dem 20 Menschen zum Opfer fielen.

Elf Tage vor dem Prozeßbeginn wurde endgültig die Meßlatte für das Urteil gesetzt: Das Staatssicherheitsgericht Diyarbakir verurteilte Semdin Sakik, früherer Guerillakommandant der PKK, und seinen Bruder Arif Sakik zum Tode wegen „Landesverrat“ und „Versuch der Spaltung der Türkei“ nach § 125 des türkischen Strafgesetzbuches. Beide hatten versucht, vom sogenannten „Reuegesetz“ Gebrauch zu machen, das im Falle von Ausstieg aus der Guerillabewegung und Kooperation mit den Behörden Strafmilderung zusichert.

Seit seiner Verschleppung aus Kenia in die Türkei wird Abdullah Öcalan dort in Isolationshaft festgehalten. Die Gefängnisinsel untersteht direkt dem türkischen Generalstab und nicht dem Justizministerium. Für den Prozeß gegen Öcalan richteten Generalstab und Regierung einen Sonderausschuß ein. Abdullah Öcalan wird auch nicht vor einem Zivil-

gericht der Prozeß gemacht, sondern vor dem 2. Staatssicherheitsgericht, das u.a. mit Militärrichtern besetzt ist. In der Öffentlichkeit haben Regierung und Parlamentsfraktionen schon seit langem das Urteil gefällt. Die faschistische MHP, zweitstärkste Parlamentsfraktion und wahrscheinlicher neuer Koalitionspartner des amtierenden Ministerpräsidenten Ecevit, zog sogar in die Parlamentswahlen unter der Losung: „Richtet den Babymörder Öcalan hin“. Die Vorverhandlung ohne Angeklagten am 30. April in Ankara artete schon im Gerichtssaal zu einer Lynchdemonstration gegen die Anwälte Öcalans aus. Die Anwälte wurden von Zuschauern mit Gegenständen beworfen, von Polizeibeamten im Gerichtssaal geschlagen und später von Polizeieinheiten direkt zu einem faschistischen Mob geschaffen, der die Anwälte gemeinsam mit Polizeioffizieren teilweise krankenhausreif schlug.

Auf einer Pressekonferenz am 5. Mai in Istanbul faßte Rechtsanwalt Ahmet Zeki Okcuoglu nochmals die vielfältigen Verstöße gegen geltendes türkisches Recht zusammen, die trotz umfangreicher Anträge und Beschwerden der Anwältinnen und Anwälte bei verschiedensten staatlichen Stellen unvermindert andauern:

- Sämtliche Details aus dem Untersuchungsverfahren sowie die Anklageschrift sind unter Verstoß gegen die Geheimhaltungspflicht an die Presse lanciert worden, ohne daß rechtliche Schritte gegen die Staatsanwälte unternommen worden wären.
- Entgegen der – auch nach türkischem Recht geltenden – Unschuldsvermutung wird Abdullah Öcalan von Regierung, politischen Parteien und Medien in einer



derartig massiven Vorverurteilungskampagne als „Babymörder“ und „Separatistenhauptmann“ diffamiert, daß kein Richter es wagen könne, etwas anderes als die Todesstrafe auszusprechen.

- Öcalan befindet sich seit über zwei Monaten in Isolationshaft auf einer Insel. Obwohl dieses Gefängnis nach dem Gesetz dem Justizministerium unterstehen müßte, befindet sich der Vernehmungsbereich unter der Kontrolle des Generalstabes.
- Bei allen der auch sonst stark behinderten Verteidigergesprächen sind 1 oder 2 Soldaten zur Überwachung aus nächster Nähe anwesend.
- Dagegen ist es den Anwältinnen und Anwälten untersagt, bei den Verteidigergesprächen Stifte, Papier oder irgendwelche Prozeßunterlagen mit sich zu führen oder zu benutzen. Noch immer erhält Abdullah Öcalan weder Zeitungen, noch ist es ihm gestattet, Radio oder Fernsehen zu benutzen.
- Am 30. April wurden die Anwältinnen und Anwälte im Anschluß an eine Gerichtsverhandlung durch uniformierte Polizisten geschlagen und verletzt.

Okcuoglu erinnerte daran, daß es in der Justiz nicht um Rache gehen dürfe. Der Prozeß müsse zur Versöhnung zwischen zwei Völkern dienen, die Anwältinnen und Anwälte wollten „nicht nur Abdullah Öcalan, sondern auch den Frieden und die Gerechtigkeit verteidigen“.

Schließlich betonten die Anwältinnen und Anwälte, sie hätten keine andere Wahl als die Niederlegung ihres Mandats, wenn



Die Türkei, die Krieg gegen die Kurden führt, ist an der „humanitären Intervention“ der NATO gegen Jugoslawien beteiligt und gehört zu denen, die am heftigsten auf den Bodenkrieg drängen. An vielen Anti-kriegsdemonstrationen dieser Tage (Bild: Hamburg) nehmen Kurdinnen und Kurden teil – es bleibt zu wünschen, daß sich die Friedensbewegung an den Demonstrationen der Kurden gegen den Prozeß gegen Öcalan ebenfalls beteiligt.

grundlegende rechtliche Bedingungen nicht vor Beginn des Hauptverfahrens erfüllt seien. So müßten die Empfehlungen des Komitees zur Verhinderung von Folter des Europarates und die einstweiligen Verfügungen des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte berücksichtigt werden.

Rechtsanwalt Hasip Kaplan stellte auf der Pressekonferenz kurz das Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg dar, das aufgrund der Nichtbeantwortung aller Versuche auf dem inländischen Rechtsweg schnell zu „einstweiligen Verfügungen“ geführt habe. Bis zum 30. Juni müsse die Türkei dem Gericht Auskunft über die Rechtsverletzungen seit der Verhaftung Öcalans in Kenia geben, wodurch parallel zum Prozeß auf Imrali ein Prozeß in Straßburg stattfinden werde. Weitere Schritte der Anwältinnen und Anwälte vor internationalen rechtsprechenden Körperschaften würden laut Rechtsanwalt Kaplan bald folgen.

Am 4. Mai kritisierte das Antifolter-Komitee des Europarates in einem Brief an die Türkei die psychischen Folgen der Isolationshaft Öcalans. Das Europäische Parlament rief Anfang Mai zu einer ständigen Beobachtung des Prozesses auf. Es wandte sich nochmals eindeutig gegen die drohende Todesstrafe und gegen die Verhandlung vor dem Staatssicherheitsgericht, da dieses durch die Teilnahme von Militärrichtern nicht unabhängig sein könne.

Am 21. Mai vermeldete nun die Turkish Daily News, daß das 2. Staatssicherheitsgericht zwölf Anwälte für die Verteidigung Abdullah Öcalans bestellt habe. Sieben dürften immer am Verfahren teilnehmen, die anderen auf Rotationsbasis. Der Anwalt Ahmet Zeki Okcuoglu, der als erster Anwalt Öcalan besuchte, wurde vom Gericht ausgeschlossen, sein Name stand nicht auf der Liste. Die Anwälte protestierten umgehend gegen erneuten Angriff auf Abdullah Öcalan. Sie erklärten am 22. Mai, daß das Gericht keine Legitimation habe, für Öcalan Anwälte auszuwählen, da sie als Vertrauensanwälte legitimiert seien. Die türkische Presse vermeldete weiter, daß keine internationalen Beobachter zugelassen würden. Als Beobachter könnten aber Mitglieder der „Hinterbliebenvereine“ teilnehmen. Anmeldungen für den Prozeß mußten sowieso bis zum 11. Mai abgegeben werden. Ob die Angehörigen Öcalans teilnehmen, ist unklar, da ihr Antrag bisher nicht positiv beschieden wurde.

Nötig ist ein vehementer Druck auf die Türkei, damit das drohende Todesurteil und eine Hinrichtung Abdullah Öcalans verhindert werden kann. Abdullah Öcalan erklärte gegenüber seinen Anwälten, daß er in dem Verfahren erneut den Versuch machen wolle, einen Friedensprozeß für Kurdistan einzuleiten. Das muß international unterstützt werden – auch und gerade aus der Bundesrepublik.

rub

El Salvador

Ausbeutung von Frauenarbeit in El Salvador's Textilfabriken

Von Andreas Boueke

(*San Salvador, 17. Mai 1999, npl.*) – Sie sind wie kleine Staaten im Staat, in denen die nationale Steuer- und Sozialpolitik nicht gilt. Die freien Produktionszonen im zentralamerikanischen El Salvador bekommen kostenlos die nötige Infrastruktur gestellt. Maschinen, Rohstoffe und Halbfertigwaren können zollfrei eingeführt, alle Endprodukte unversteuert ausgeführt werden. Bewaffnetes Sicherheitspersonal bewacht die Eingangstore der Weltmarktfabriken (Maquilas), hinter deren Mauern ausländische Investoren – meist aus Taiwan oder Südkorea – regieren. Für sie ist Mittelamerika als Produktionsstandort auch deshalb attraktiv, weil eine salvadoreanische Arbeiterin am Tag nur so viel verdient wie eine Arbeiterin aus Taiwan in einer Stunde. Hergestellt werden Textilien für den Export. Einige der Fabriken in den freien Produktionszonen El Salvadors schaffen bis zu dreitausend Arbeitsplätze. Die Bekleidungsindustrie bringt dem Land die höchsten Deviseneinnahmen.

Menschenrechtsorganisationen und internationale Gewerkschaftsverbände machen allerdings verstärkt auf die arbeitsrechtlichen Mißstände in den Maquilas aufmerksam. Eine Närerin, die krank wird, erhält beispielsweise selten eine medizinische Versorgung. Zwar wird allen Arbeiterinnen ein Krankenversicherungsbeitrag vom Lohn abgezogen, aber nur jede fünfte ist bei der staatlichen Versicherungsbehörde gemeldet. Noch vor wenigen Jahren arbeiteten auch Tausende zehn- bis zwölfjährige Mädchen in den Fabriken, was auf internationaler Ebene massiv kritisiert wurde. Um dem internationalen Druck zu entgehen, beauftragen einige Unternehmen neuerdings private Vermittlungsagenturen, anstatt ihre Arbeiterinnen selbst unter Vertrag zu nehmen. Die Agenturen handeln Verträge mit den Frauen aus und vermitteln sie dann an eine Maquila. Wenig später verschwinden sie von der Bildfläche und überlassen die Närinnen ihrem Schicksal in einer Fabrik, mit der sie keinen Vertrag haben. Etwa 85% der rund 60 000 salvadoreanischen Beschäftigten in den Maquilas sind Frauen. Die meisten verdienen rund 220,- DM im Monat. Das entspricht zwar dem gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohn, reicht aber nicht aus, um eine Familie zu ernähren. Trotzdem stellt es einen vergleichsweise guten Verdienst für eine salvadoreanische Frau ohne Ausbildung dar. Die wirtschaftliche Not zwingt sie dazu, ihre Jugend in den Fabriken zu vertun.

Ein Großteil der Produktion aus den

Maquilas wird in die USA exportiert. Einige Aufträge kommen aber auch aus Europa. Dort beteiligen sich zahlreiche Organisationen an der „Kampagne für saubere Kleidung“. Durch den Druck der Öffentlichkeit auf Firmen wie beispielsweise adidas soll erreicht werden, daß diese ihre Partner in Mittelamerika dazu bringen, die Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Die Textilfabrik FORMOSA ist gesichert wie eine Festung. Die Sportartikelkonzerne NIKE und adidas sind die wichtigsten Geschäftspartner der taiwanesischen Besitzer von FORMOSA. Seit in Europa die „Kampagne für saubere Kleidung“ läuft, sind die beiden großen Bekleidungskonzerne besorgt um ihr sportlich-sauber Image. Tatsächlich sind die Arbeitsbedingungen bei FORMOSA extrem ausbeuterisch. Die zwanzigjährige Närerin Manuela begann mit zwölf Jahren, für Formosa zu arbeiten. Heute verdient sie den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohn von sieben Mark für acht Stunden Arbeit pro Tag. Zwölfstündige Arbeitstage sind jedoch keine Ausnahme. „Oft werden uns die Überstunden nicht bezahlt, und es kommt vor, daß Arbeiterinnen von den Aufsehern geschlagen werden, weil sie nicht schnell genug arbeiten.“

Alle gewerkschaftlichen Organisationsversuche werden von Formosa unterdrückt. Virginia Hernandez, Vorsitzende des Komitees der Arbeiterinnen von El Salvador COMUTRAS, berichtet: „Sexuelle Nötigung ist bei FORMOSA an der Tagesordnung. Unsere Genossin Marlene wurde entlassen, weil sie sich weigerte, mit dem Sohn des Fabrikbesitzers zu schlafen.“ Die Leitung der deutschen Firma adidas reagierte auf den öffentlichen Druck und schickte Gutachter nach El Salvador, welche die Vorwürfe bestätigten. Nun will adidas die Arbeitsbedingungen verbessern. Es soll keine unbefristeten Überstunden mehr geben, gewerkschaftliches Engagement soll künftig geduldet und der monatliche Schwangerschaftstest, den FORMOSA ihren Arbeiterinnen abverlangt, abgeschafft werden.

Für die salvadoreanische Regierung sind die freien Produktionszonen der wichtigste Faktor zur Bekämpfung der bei über 40% liegenden Arbeitslosigkeit. Deshalb soll um jeden Preis ein möglichst problemloses Investitionsklima bewahrt werden. Dr. Alberto Palma, Leiter der Inspektionsabteilung des Arbeitsministeriums spricht klare Worte: „Wir hoffen, daß die Maquilas im Land bleiben, weil sie das Überleben eines großen Teils unserer Bevölkerung sichern.“

Virginia Hernandez sieht in der Reaktion von adidas die Strategie der europaweiten „Kampagne für saubere Kleidung“ bestätigt: „El Salvador braucht die Arbeitsplätze in den Textilfabriken. Deshalb ruft die Kampagne nicht zum Boykott auf, sondern setzt sich für menschenwürdige Arbeitsbedingungen ein.“

Österreich: Kein Bedauern

Nach dem Tod des Nigerianers Marcus O. zeigt die österreichische Regierung wenig Bereitschaft, sich den Fakten zu stellen. Dieser war anlässlich einer gewaltvollen Abschiebung am 1. Mai im Flugzeug nach Bulgarien erstickt, nachdem österreichische Polizisten ihm Mund und Nase verklebt hatten. Unter Ausreden und Falschinformationen versuchten die österreichischen Verantwortlichen bislang, sich ihrer Zuständigkeit zu entziehen. Inzwischen liegen Untersuchungsergebnisse bei der bulgarischen Staatsanwaltschaft vor, die den absichtlichen Tod des Flüchtlings nachweisen können. War bislang behauptet worden, eine Bronchitis könne zu seinem Tod beigebracht haben, so ist inzwischen durch die Obduktion erwiesen, daß das Klebeband die Nase verschloß, der Todeskampf von dem Begleitpersonal nicht beachtet worden ist, im Gegenteil: dem Mann bewußt die Luftzufuhr abgeschnitten wurde. Im



österreichischen Parlament (Bild: Protest im Parlament) wurde zuletzt vergangene Woche darüber debattiert. Eine große Koalition – bei der die FPÖ die Regierung warnt, dem „linken Druck“ nachzugeben – lehnt eine weitergehende Untersuchung ab, Konsequenzen zieht der Innenminister Schlägl ohnehin nicht. Bereits 1995 wurde die österreichische Abschiebepraxis von offiziellen UN-Menschenrechtsstellen kritisiert; der heutige Innenminister behauptet bislang immer noch, davon nichts gewußt zu haben. In Belgien trat der Innenminister nach dem Tod von Samira A. im Sept. 1998 „freiwillig“ zurück, als die Verwicklung seiner Abschiebepolizisten bekannt wurde. In Österreich stehen 80% hinter dem Vorgehen des Innenministers. Aber auch in Frankreich dauert es manchmal acht Jahre, bis überhaupt ein Prozeß eingeleitet wird: am 24.8. 1991 wurde eine Tamile von einem Polizisten ermordet, als er abgeschoben werden sollte. Sein Frau lebte – mit anerkanntem Flüchtlingsstatus – in Deutschland, was die französische PAF (heute unter „DICCILEC“ bekannt) aber nicht hinderte, ihn festzubinden, den Mund zu versperren und einen Herzinfarkt zu verursachen. Der Prozeß gegen den Polizisten begann am 20.5. 1999 in Nantes. mc

Kuba: Regierung dementiert Vollstreckung von Todesurteilen

(Havanna, 14. Mai 1999, pl-Poonal).- Das kubanische Außenministerium hat den Bericht einer US-amerikanischen Tageszeitung für falsch erklärt, wonach mehrere Todesstrafen auf der Insel verhängt und ausgeführt worden seien. Ein Sprecher erklärte, zwar gebe es in erster Instanz solche Urteile gegen „Terroristen“, doch kämen die Fälle vor dem Obersten Gericht in die Berufung. Wenn dieses Gericht die Strafen bestätige, sei der Staatsrat das letzte Entscheidungsgremium. Den Artikel des „Miami Herald“ über angebliche Erschießungen bezeichnete er als „Infamie“. Konkret sprach er die Urteile gegen die beiden Salvadoreaner Raul Cruz Leon und Otto Llerena an, die wegen ihrer Beteiligung an Bombenanschlägen in erster Instanz zum Tod verurteilt wurden. Eine nicht gesetzlich anerkannte, aber derzeit geduldet Oppositiionsgruppe hatte in der letzten Woche über Hinrichtungen in einigen kubanischen Provinzen berichtet. Namen nannte sie allerdings nicht.

Chile: StudentInnenproteste

(Santiago, 14. Mai 1999, pulsar-Poonal).- Etwa 40 000 StudentInnen gingen in Chile auf die Straße und forderten von der Regierung mehr Gelder für Stipendien und Lebensmittelhilfen. Dabei kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Teilen der Studentenschaft und Polizeieinheiten. Auf Straßenbarrikaden und Molotow-Cocktails reagierte die Polizei mit Tränengas. Die Demonstrationen gehen mittlerweile in die dritte Woche und nehmen an Intensität zu. Getausend StudentInnen marschierten zum Regierungsgebäude und übergaben dort symbolisch einen richterlichen Eintreibungsbefehl an Präsident Eduardo Frei. Mit diesen Eintreibungsbefehlen versucht die Regierung, das als Kredit vergebene Bafög von StudentInnen und Studienabgängern einzutreiben. Dabei schreckt sie auch vor Pfändungen nicht zurück. Für die DemonstrantInnen ist jedoch Eduardo Frei der große Schuldner gegenüber der Bildung. Nach Schätzungen könnten in nächster Zeit ungefähr 8.000 StudentInnen ihr Studium abbrechen, weil sie keine oder keine ausreichende staatliche Unterstützung bekommen.

Uruguay: Eintägiger Generalstreik

(Montevideo, 14. Mai 1999, pulsar-Poonal).- Mit einem 24stündigen Generalstreik protestierten am 13. Mai die im Dachverband PIT-CNT organisierten Gewerkschaftsmitglieder gegen die zunehmende Arbeitslosigkeit in Uruguay und die Untätigkeit der Regierung. Im Industriesektor und in der öffentlichen Verwaltung wurde der Streikaufruf weitgehend befolgt. Auch Banken, Schu-

len und Universitäten schlossen. Die Arbeitslosigkeit hat in Uruguay offiziell 11,2 Prozent erreicht. Ein zusätzlicher schwerer Schlag für die einheimische Wirtschaft war die Krise in Brasilien. Dorthin gehen normalerweise 35 Prozent der uruguayischen Exporte.

USA: Gewerkschaft USWA attackiert Continental

Die amerikanische Stahlarbeitergewerkschaft USWA verstärkt nun auch in Deutschland den Druck gegen den Fahrzeugzulieferkonzern. Im Werk Charlotte (North Carolina) der Tochtergesellschaft Continental General Tire streiken seit etwa acht Monaten 1450 Beschäftigte. Rund 850 von ihnen wurde gekündigt, und es wurde eine entsprechende Anzahl Ersatzkräfte eingestellt. Die Gewerkschaft erhebt deswegen den Vorwurf, Streikbrecher zu beschäftigen, und will bei der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) Beschwerde einreichen. Außerdem werde in Amerika ein Arbeitsgerichtsprozeß angestrengt. Die Gewerkschaft wird von der IG Bergbau Chemie Energie unterstützt. Beide Gewerkschaften forderten jetzt Continental zum Einlenken auf. Nach Angaben der USWA haben die Beschäftigten in Charlotte seit zehn Jahren keine Einkommenserhöhung erhalten. Deswegen werden höhere Löhne, Betriebspensionen und höhere Sozialleistungen gefordert. Falls das Unternehmen seine Haltung nicht ändert, will die Gewerkschaft zur Hauptversammlung von Continental am 1. Juni Gegenanträge stellen und an allen Konzernstandorten Aktionen veranstalten. (Quelle: FAZ)

Philippinen: Proteste gegen Militärvertrag

Manila (dpa/ND). Bei anti-amerikanischen Protesten auf den Philippinen sind am Donnerstag mehrere Menschen verletzt und 22 Demonstranten festgenommen worden. Die Aktionen richteten sich gegen ein umstrittenes Militärabkommen zwischen beiden Ländern, das derzeit im Parlament beraten wird. Vor dem Senatsgebäude in der philippinischen Hauptstadt Manila bewarfen mehrere hundert Demonstranten die Sicherheitskräfte mit Steinen, Flaschen und verfaultem Gemüse. Die endgültige Ratifizierung des „Vertrags über Militärbesuch“ ist für nächste Woche vorgesehen. Das Abkommen soll erstmals nach dem Abzug der USA-Truppen aus ihren Stützpunkten auf den Philippinen 1992 wieder umfangreiche gemeinsame Manöver und eine starke Präsenz der USA-Streitkräfte zulassen.

Zusammenstellung: hav



In Schwäbisch-Hall spaltet sich die kommunale Listengemeinschaft Alternative Liste / GRÜNE. Bei einem Gesprächsversuch der noch gemeinsamen Liste war für die GRÜNEN-VertreterInnen nicht der Krieg in Jugoslawien das Hauptthema, sondern ein Transparent gegen den Krieg. Dieses hängt vor dem soziokulturellen Zentrum „club alpha 60“. Der derzeitige Fraktions- sprecher der Listengemeinschaft, G. Hassenfuss, erklärte: „Indem die Grünen/ Bündnis 90 auf die Chancen einer alternativen Friedenspolitik verzichten und auf die politischen Lösungen des Kalten Krieges einschwenken, haben sie sich von meinen eigenen politischen Wertvorstellungen so weit entfernt, daß mir eine weitere Zusammenarbeit auf einer gemeinsamen Liste mit dieser Partei bei der nächsten Kommunalwahl unmöglich ist.“ Quelle: Kommunaler Alltag Heilbronn, Mai 99

31.5.: Demonstration für die Freiheit A. Öcalans und der kurdischen politischen Gefangenen

BERLIN. Während der Ablauf der Geschehnisse am 17. Februar – als bei Protestaktionen gegen die Verschleppung Abdullah Öcalans vier Menschen von israelischen Sicherheitsbeamten in bzw. vor dem israelischen Konsulat erschossen wurden – weiterhin unklar ist und sich bei der ersten Anhörung im parlamentarischen Untersuchungsausschuss weitere Widersprüche in der Darstellung abzeichneten, sind bundesweit noch immer über 100 KurdInnen in Haft, wurden einige schon abgeschoben, laufen weit über 100 Ermittlungsverfahren. Massive Vorverurteilungen und die Androhung weiterer Abschiebungen prägten diese Verfahren von Anfang an. In Berlin wurden am 17. Februar 229 Personen festgenommen, bisher wurden 10 Anklagen erhoben, mit weiteren ist zu rechnen. Der Innensenator gab im April bekannt, daß insgesamt gegen 88 Personen, die sich an Protestaktionen in Berlin beteiligt hätten, Anklage erhoben würde und bei 18 von 43 überprüften Fällen die Ausweisung bereits feststünde. Am Tag der ersten Verhandlung gegen Abdullah Öcalan auf Imrali wird in Berlin eine Demonstration stattfinden. Thema der Rebedeutungen werden die Umstände der Verschleppung von Herrn Öcalan und das Verfahren gegen ihn sowie die Situation der hiesigen Gefangenen sein. Die Abschlußkundgebung findet vor dem Gefängnis Moabit statt, wo zur Zeit noch 13 KurdInnen auf ihren Prozeß wegen angeblicher Straftaten am israelischen Konsulat warten.

PE Solidaritätskomitee, 23.5.

Abschiebung von München nach Togo in Brüssel gestoppt!

MÜNCHEN. Am 5. Mai kam es im Franz-Josef-Strauß-Flughafen zu Protesten der „Karawane für die Rechte der Flüchtlin-

ge und MigrantInnen“ und anderer Menschenrechtsgruppen: Der togoleische Oppositionelle Ayaovi De Souza sollte abgeschoben werden. Die Oppositionspartei UFC ist in Togo blutigen Verfolgungen ausgesetzt. 1998 wurde am Tag nach der Präsidentenwahl die Stimmabstimmung abgebrochen, als sich ein Erfolg ihres Kandidaten Gilchrist Olympia abzeichnete. Herr De Souza – der Abschiebehäftling – war Aktivist der UFC und „Bodyguard“ von Gilchrist Olympia. Darüber wurde in dem Flugblatt der Karawane auf dem Flughafen informiert und die Leute wurden aufgefordert: „Mischen Sie sich ein! Protestieren Sie lautstark! Verweisen Sie auf die Verletzung der Menschenrechte! Der Flugkapitän kann eigenständig entscheiden, ob er einen Abschiebehäftling transportiert – oder eben nicht! ... Drohen Sie mit dem Boykott der Fluglinie Sabena!“ Trotz der Proteste wurde Herr De Souza aus München gewaltsam abgeschoben. Erst die belgischen Behörden weigerten sich, an einer Abschiebung nach Togo mitzuwirken. Sie schickten Ayaovi De Souza am Nachmittag von Brüssel nach München zurück. Mit anwaltlicher Hilfe soll nun das Asylverfahren noch einmal aufgerollt, bzw. die Ausreise in einen sicheren Drittstaat ermöglicht werden.

Quelle: MLB 10/99

Freie Fahrt für Arbeitslose im VRR!

ESSEN. Am 7.5. sprachen Mitglieder von Arbeitslosen- und Sozialhilfeinitiativen mit dem VRR-Vorstand in Gelsenkirchen über ihre Forderung nach freier Fahrt für Arbeitslose und Sozialhilfebezieher/innen mit allen öffentlichen Verkehrsmitteln. Zur Begründung trugen sie vor, daß sie besonders auf die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel angewiesen sind. Mobilität ist wichtig, um wieder in ein Arbeitsverhältnis zu kommen und um soziale Kontakte zu erhalten. So sind zwar manche städtische oder karitative Angebote sind für Arbeitslose und Sozialhil-

febezieher frei, es fehlt aber an Geld, hinzukommen. Die Fahrpreiserhöhungen des VRR lagen über dem durchschnittlichen Anstieg der Lebenshaltungskosten und treffen vor allem Leute mit kleinem Einkommen. Konkrete Ergebnisse konnten die etwa 45 Teilnehmer aus verschiedenen Städten des VRR-Gebietes nicht erreichen. Über die Tarifgestaltung entscheiden die Verkehrsgesellschaften der einzelnen Städte. Abzuwarten bleibt, was die Zusage des VRR-Vorstands, sich für die Belange der Initiativen einzusetzen, bringt. Die beteiligten Essener Initiativen (Essener Aktionsbündnis gegen Armut und Erwerbslosigkeit, Obdachlosen- und Nichtseßhafteninitiative, Arbeitslosen-Initiative und Leute vom Euromarsch) werden die Forderung nach Nulltarif auch im Zusammenhang mit dem „Bürgerpaß“ weiterverfolgen.

Quelle: LB Essen 10/99

Volkshochschulen: Proteste gegen Kürzungen

HAMBURG/FRANKFURT. Über 30 Beschäftigte der Hamburger Volkshochschulen demonstrierten am 30.4. gegen ein vom Vorstand in Auftrag gegebenes Gutachten, das drastische Kürzungen vorsieht, u.a. die Reduzierung der Zahl der Kursleiter von 1.300 auf 600 und die Streichung der Präsenz der VHS auf Stadtteilebene. In Frankfurt widersprach die GEW der von offizieller Seite behaupteten „Aufbruchstimmung“. So sei das VHS-Unterrichtsvolumen 1998 erneut zusammengeschmolzen, Indiz: Die Honorare für KursleiterInnen seien um 4,2% geschmolzen. Hinsichtlich der Umwandlung der VHS in einen Eigenbetrieb stellt die GEW die Voraussetzungen in Frage: „Weder wird das Programmangebot erweitert, noch erfolgt eine ‚kontinuierliche Steigerung der Umsatzerlöse‘ ... Es besteht daher die Gefahr, daß mit weiteren Preissteigerungen und einer Fortsetzung des Teilnehmerschwund zu rechnen ist.“ LB HH u. Frankf. Info, 10/99

Stadtverwaltung verzögert Entscheidung

Zum 1. Juli werden die vier städtischen Krankenhäuser zu einem sog. Großklinikum zusammengefaßt. Um die rechtlicher Ausgestaltung – die Satzung – des neuen Eigenbetriebs der Stadt Stuttgart und um den Schutz der Beschäftigten vor Verschlechterung der Arbeitsbedingungen wird seit einigen Monaten die Auseinandersetzung geführt.

Grundsätze der Satzung

Auf Druck der Personalvertretungen erklärte sich Bürgermeister Blessing bereit zur Diskussion der Satzung in einer Arbeitsgruppe. Dieser gehören neben der Krankenhausbetriebsleitung und Personalräten auch Vertreter/innen aller Berufsgruppen an (Hauswirtschaftsbereich, technischer Bereich, MTA-Bereich, Stationsschwestern/-pfleger, Pflegedienstleitung, Assistenzärzte, Oberärzte). Inhaltlich geht es um die Ziele, die Strukturen und Machtbefugnisse im Klinikum.

- Bei der Formulierung der Zielsetzung steht das Interesse der Beschäftigten an optimaler Patientenversorgung dem Managementinteresse bzgl. Einhaltung von betriebswirtschaftlichen Vorgaben gegenüber. In der Praxis zeigen sich diese Gegensätze bei den Auseinandersetzungen um Personalbesetzung, Pflegestandards usw.
- Nach den bisherigen Vorstellungen des Satzungsentwurfs soll wie bisher der Sana-Manager das alleinige Entscheidungsrecht und die Krankenhausbetriebsleitung nur beratende Rechte haben, aber voll verantwortlich sein für die Aufrechterhaltung der Patientenversorgung und

die Einhaltung der Wirtschaftlichkeitsziele, die der Sana-Manager vorgibt. Ferner soll künftig in dieser Krankenhausbetriebsleitung nur jeweils ein ärztlicher Direktor, eine Pflegedirektorin und ein Verwaltungsdirektor vertreten sein – d.h. die Vertreter der anderen drei Krankenhäuser sollen rausfallen. Hiergegen steht die eindeutige Forderung seitens der Beschäftigten, daß die Großklinikumsleitung aus den Betriebsleitungen aller vier Krankenhäuser bestehen muß, damit nicht wichtige Belange unter den Tisch fallen, sowie die Forderung, daß alle Mitglieder in der Leitung gleichberechtigt sind und mehrheitlich entscheiden.

- Ferner ist zu klären, welche Entscheidungen sich der Krankenhausausschuß des Gemeinderats vorbehält und welche er an die Krankenhausleitungen delegiert. Bisher konnte die Sana z.B. Anlagevermögen der Krankenhäuser bis zu einem Wert von 2,5 Mio. DM verkaufen, und ständig gab es Auseinandersetzungen darum, ob der Krankenhausausschuß über vorgesehene Privatisierungsmaßnahmen der Sana entscheiden muß oder nicht. Die Beschäftigten wollen, daß über so wesentliche Fragen wie Privatisierung von Arbeitsplätzen, (Teil-)Schließung von Abteilungen/Stationen, Verkauf von öffentlichem Eigentum in relevanter Höhe u.a. der Krankenhausausschuß entscheiden soll, der für die Krankenhausversorgung der Bevölkerung zuständig ist.
- Nachhaltig hält sich ferner die Forderung in den Krankenhäusern, daß der Vertrag der Sana-Manager zum 31.12.99

gekündigt und die Firma durch städtisch angestellte Betriebswirte ersetzt werden soll. Die Sana will das Krankenhaus nach marktwirtschaftlichen Prinzipien voll durchorganisieren (was sich nicht rechnet, wird auch nicht gemacht) und nimmt dabei auch ohne Zögern gravierende Verschlechterungen von Arbeitsbedingungen in Kauf. Als Erfolgsprämie hat die Sana bisher mehr als 30 Mio. DM dafür kassiert – Geld das für den Krankenhausbetrieb verloren ist!

Dienstvereinbarungsentwurf des Gesamtpersonalrats

Die Vereinbarung soll verhindern, daß die Fusion auf Kosten von Beschäftigten durchgeführt wird u.a. durch

- Ausschluß von betriebsbedingten Kündigungen oder Herabgruppierungen
- Ausschluß von wechselnden Einsatzorten an verschiedenen Krankenhäusern
- Umsetzung von Beschäftigten nur unter Berücksichtigung ihrer individuellen Bedingungen und Ausgleich von eventuell entstehenden Nachteilen
- Erhaltung der Kindertageheime, Personalwohngebäude und Schulen an ihren jetzigen Standorten
- Beteiligung von Beschäftigten z.B. bei Zentralisierungen bzw. Zusammenlegung von Bereichen
- Erhaltung der örtlichen Personalvertretungen an den vier Krankenhäusern.

Obwohl der Dienstvereinbarungsentwurf des Gesamtpersonalrats bereits seit Februar vorliegt, gibt es darüber immer noch keine Einigung mit der Stadt Stuttgart, weil sie wichtige Forderungen immer wieder in Frage stellt. *evo*

Ausländerbeirat der Stadt Augsburg

Keine Abschiebung von Kindern!

Während es bei der Abschiebung des minderjährigen „Straftäters Mehmet“ durch die Ausländerbehörde in München noch heftige Dispute in der Öffentlichkeit gab, wurde die des 16jährigen „Mehmet II“ aus Augsburg bereits nahezu ohne Widerstand durchgeführt. Zukünftig sollen die Abschiebungen Minderjähriger, weil sie straffällig geworden sind, routiniert und ohne Beteiligung der Öffentlichkeit – wie bei allen anderen Abschiebungen auch – abgewickelt werden. – Der Ausländerbeirat der Stadt Augsburg hatte bei seiner Sitzung am 3. Mai den zuständigen Abteilungsleiter der Ausländerbehörde der Stadt über die Zukunft dieser Praxis befragt. Heraus kam dabei, daß die zwangsweise Ausweisung eines weiteren Jugendlichen unmittelbar bevorsteht; und die nächsten zwei Minderjährigen, die zur

Abschiebung freigegeben werden, stehen auch schon fest. Außerdem konnten die Mitglieder des Ausländerbeirats erfahren, daß 1998 aus Augsburg 681 Menschen zwangsweise entfernt worden sind. Unter den Abgeschobenen waren viele Bürgerkriegsflüchtlinge, aber auch sehr viele, die zuvor lange Jahre als Arbeitsempfänger hier gelebt hatten und nun, nach Verübung einer Haftstrafe, ausgewiesen worden sind. *jol*

Der Ausländerbeirat beschloß auf dieser Sitzung die folgende Erklärung: Die Ablehnung von Fremden und Zuwannderern kennt viele Gesichter: Sie reicht von subtilen Formen der Diskriminierung über Vorurteile bis hin zu fremdenfeindlich motivierten Gewalttaten und rassistischen Übergriffen. Trotzdem nehmen die Ausländer schon seit über 30 Jahren am Leben unseres Staates teil. Sie arbeiten hier, gründen Familien, schicken ihre Kinder hier zur Schule. Dieselben Kinder, auch von der Gesellschaft über Jahre beeinflußt und geformt, können, wie es

scheint, ohne weiteres ihrer Umgebung entrissen werden. Es ist ein für den Ausländerbeirat unverständliches Verhalten unseres Rechtsstaates, wenn hier geborene und aufgewachsene Kinder allein für ihre Fehler verantwortlich gemacht und des Landes verwiesen werden können.

Auch dem jungen Augsburger türkischer Abstammung ist dieses Schicksal zuteil geworden ... Es scheint, daß der Staat nicht bereit ist, die Früchte auch seiner Erziehung zu ernten. Statt den Jugendlichen für seine Straftaten in dem Land zu bestrafen, in dem er seine Lebensweise erlernt hat, schickt man ihn in ein für ihn fremdes Land, zu dessen Angehörigen er sich nur aufgrund eines Papierstücks zählen kann. Unsere Erklärung will die begangenen Straftaten nicht beschönigen, sondern lediglich auf unsere Enttäuschung über die Inkonsistenz des Gesetzgebers im Bereich der Ausländerpolitik hinweisen. Die Früchte der Pflanzen, die man heranzüchtet, soll man ernnen. Auch wenn sie vielleicht säuerlich schmecken.

Köln stellt sich quer ...

Der Aufmarsch der NPD am 22.5. gegen die zur Zeit in Köln stattfindende Wehrmacht-ausstellung wurde erfolgreich blockiert. Ca. 3000 Demonstranten blockierten stundenlang den Hansaring, eine große Ringstraße in der Kölner Innenstadt. In Hamburg steht die Auseinandersetzung am 5. Juni an!

„Köln stellt sich quer“, war das Motto des Kölner Aktionsbündnisses gegen den Nazi-Aufmarsch. Dieses Bündnis hatte sich auf den geplanten Nazi-Aufmarsch gut vorbereitet. Bereits im März hatte es den Polizeipräsidenten und den Oberbürgermeister aufgefordert, ein Verbot des Naziaufmarsches durchzusetzen. Immer mehr Organisationen beteiligten sich, neben der autonom-orientierten Gruppe Antifa-K von Beginn an nicht nur die VVN/BdA, sondern zahlreiche linke Organisationen, Geschichtswerkstätten, Stadtteilgruppen, Asten und der DGB. So gar die Grünen und der SPD-Vorstand unterschrieben. Nachdem Anfang Mai nicht klar wurde, ob die Kölner Polizei den Aufmarsch verbietet, stellten Mitglieder des Aktionsbündnisses einen Bürgerantrag. Während einer öffentlichen Protestaktion vor dem Rathaus wurde den Grünen und der CDU der Bürgerantrag übergeben. Da in einigen Monaten Kommunalwahlen stattfinden, waren beide Parteien sehr zuvorkommend. Zwar wurde der Bürgerantrag abgelehnt, aber auf Initiative der Grünen faßte dann wenige Tage vor dem Nazi-Aufmarsch sogar der Rat der Stadt Köln mit den Stimmen aller Parteien folgenden Beschuß: „Der Rat begrüßt das Verbot der Demonstration rechter Kreise um die NPD. Er begrüßt die Aktivitäten von Kölner Bürgerinnen und Bürgern gegen den „Nazi-Aufmarsch“. Kölner Prominente unterstützten das Aktionsbündnis, darunter Ralf Giordano, Günther Wallraf, Alfred Bielek, zahlreiche Professoren von der Uni, der Kabarettist Freytag und die Mannschaft des 1. FC Köln. Zahlreiche Gastwirte aus der Kölner Südstadt, wo der Naziaufmarsch beginnen sollte, protestierten mit einer Plakataktion.

Die Klage der NPD vor dem Verwaltungsgericht Köln wurde abgewiesen. Dann erlaubte am Abend vorher das OVG Münster den Aufzug. Alle waren überrascht – damit hatte kaum jemand gerechnet. „Pfui, Schmach und Schande gegen eine Justiz, die dieses Verbot aufgehoben hat“ rief Ralf Giordano am nächsten Morgen auf der Auftaktkundgebung. Die 2000 Teilnehmer setzten sich bald in Bewegung, man wollte rechtzeitig in die Nähe des Ebertplatzes kommen, wo nun der Naziaufmarsch beginnen sollte. Bald waren es 3 500 Menschen.

Einen Änderung der Marschroute in Richtung Eberplatz lehnte die Polizei ab.

Darauf wurde die Veranstaltung aufgelöst und eine neuen Demonstration zum Eigelstein, unmittelbar in der Nähe des Ebertplatz angemeldet. Am Dom ließ die Polizei die Zug nicht weiter. Nach einer kleinen Rangelei wurde dazu aufgefordert, in kleinen Gruppen zum Eigelstein zu ziehen. Der Großteil der Demonstration befand sich dann nach 10 bis 15 Minuten in der Nähe des Naziaufmarsch, der sich gerade in mit 300 Personen in Bewegung gesetzt hatte. In kurzer Zeit sammelten sich einige hundert Demonstranten vor dem Naziaufmarsch und blockierten. Immer mehr Gegendemonstranten trafen ein. Der Ring war dicht und der Naziaufmarsch mit 2 000 Gegendemonstranten umringt. Das war ein Erfolg des Aktionsbündnisses. Die Polizei war ratlos, hatte aber auch keine Lust, für die NPD die Straße freizuprügeln. Noch nicht einmal eine Aufforderung, die Straße zu räumen, wurde durchgegeben.

– So wurde stundenlang der Ring blockiert: *Gegendemonstranten – Polizei – NPD – Polizei – Gegendemonstranten*. Eier, Tomaten und Farbbeutel flogen auf die Nazis. Nach einer halben Stunde rückte sich Polizei von hinten an. Es passierte aber nichts. Stunden über Stunden stand dann diese Formation. Die Nazi konnten nicht vor und nicht zurück. Es wurde 14 Uhr und 16 Uhr. Die Nazis weigerten sich abzuziehen und meldeten eine neue Demonstration an. Gegen 17 Uhr drehte sich der Aufmarsch der Nazi zurück in Richtung ihrer Busse. Dann weigerten sie sich einzusteigen. Die Polizei bildete einen Kessel um die Gegendemonstranten. Gegen 18.30 Uhr fuhren die Nazis dann ab. Auf Intervention der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten Gilges und Oesinghausen wurde der Polizeikessel gegen die Antifaschisten aufgehoben. Eine erfolgreiche Blockade mit einem Wermutstropfen: Es gab 21 Verhaftungen, obwohl der Ablauf friedlich verlief.

Jörg Detjen

... Hamburg auch

Anlässlich der Ausstellung „Vernichtungskrieg – Verbrechen der deutschen Wehrmacht 1941 bis 1944“, die vom 1. Juni bis zum 11. Juli 1999 in der Freien Akademie der Künste am Hamburger Klosterwall gezeigt wird, rufen neonazistische Gruppen über Internet zu Protesten gegen die „die Schandausstellung des Hamburger Pseudo-Instituts“ auf. Unter dem Schlachtruf: „Der Soldaten Ehre ist auch unsere Ehre! Verteidigen wir sie!“ mobilisiert die Web-Zeitschrift *Perspektive* der „freien Nationalisten“ Anfang Juni nach Hamburg. Zusätzlich wird der Aufruf inzwischen auch über die „Natio-



oben:
Ralf
Giordano



links:
Gegen-
Demo



rechts:
Eier auf
Worch und
andere Na-
zis

nalen Infotelefone“ verbreitet. Angekündigter Treffpunkt ist: Samstag, der 5.6.1999, 12.00 Uhr, Moorweide.

Dem Aufruf ist zu entnehmen, daß der „Nationaldemokratische Hochschulbund“ als Anmelder fungiert. „Unterstützt“ – richtiger wäre hier zu sagen – initiiert wird der Naziaufmarsch von den „freien Aktionsgruppen im Nationalen und sozialen Aktionsbündnis Norddeutschland“, dem „Braunen Kreuz“ und den „jungen Nationaldemokraten“ Schleswig-Holstein, der Jugendorganisation der NPD.

Auf den ersten Blick wirken Aufruf und der Kreis der Aufrüfer eher kläglich, aber Vorsicht! Der Aufmarsch gegen die Ausstellung in Kiel am 30. Januar hat gezeigt, daß die militärischen Kameradschaften selbst bei minimalistischer Werbung 800 Neonazis auf die Straße bringen können. Hinzu kommt, daß die verhaftete Ausstellung von dem in Hamburg ansässigen „Institut für Sozialforschung“ konzipiert wurde und auch die Initiatoren der bundesweiten Naziprovokationen, Christian Worch und Thomas Wulff, in Hamburg sitzen. Zeitlich folgt dem geplanten Aufmarsch acht Tage später, am 13. Juni, die Wahl zum Europaparlament. Deshalb wird es sich die kandidierende NPD nicht entgehen lassen, ihr Bündnis mit militärischen Kameradschaften unter Beweis zu stellen und mit „spektakulären und öffentlichkeitswirksamen Aktionen die Todesweigespire in den öffentlichen Medien zu durchbrechen“ (DS 12/98).

Neben den Neofaschisten sind es vor allem die Militaristenverbände wie die „Arbeitsgemeinschaft für Kameradenwerke und Traditionenverbände e.V.“, die „Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik“ sowie die in Hamburg ansässige Bildungseinrichtung der revanchistischen Landsmannschaft Ostpreußen, die „Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft“, welche die Kampagne gegen

die sogenannte „Wehrmachtssausstellung“ über schriftliche Publikationen und Veranstaltungen vorantreiben.

Bereits Anfang März, nach dem Sprengstoffanschlag auf die Ausstellung in Saarbrücken, hatte der Ausstellungtleiter des Hamburger Institutes, Hannes Heer, festgestellt, daß die Angriffe der extremen Rechten auf die Ausstellung immer dort besonders schwerwiegend ausfallen, wo populistische Attacken der CDU den Boden bereiteten. Und entsprechend sah es auch in der Hansestadt noch Mitte April so aus, als würde der Antrag des Alten Herren der Landsmannschaft Schleswigia Niedersachsen, Marc März, vom „Kleinen Parteitag der CDU“ aufgegriffen und als Verurteilung der Ausstellung („unwissenschaftlich und tendenziös“) in die Bürgerschaft eingebracht. Doch anders als die „vom Vokabular her rechtsextreme“ (Hannes Heer) Unterschriftenansammlung der saarländischen CDU stimmte die CDU-Bürgerschaftsfraktion inzwischen einer interfraktionellen Vorlage zu und „begrüßt“ nun offiziell die Ausstellung in Hamburg.

Die Demonstration und NPD-Propaganda gegen die Ausstellung wird in Hamburg voraussichtlich nur auf geringe Resonanz stoßen. Neben den „Freien Kameradschaften“, welche etwa die Hälfte der Teilnehmer auf den NPD-Aufmärschen der letzten Zeit stellen, hat bisher lediglich die Hamburger Sammlungsbewegung im Dunstfeld von Horst Mahler – „Aufbruch 99“ – mit der „Vorbereitung des demokratischen Widerstandes gegen die Hetzausstellung Reemtsmas“ begonnen. Doch die Mobilisierungskraft von bis zu zweitausend Nazis aus dem gesamten Bundesgebiet sollte nicht unterschätzen werden. Da die Hamburger Nazikader „unter dem Deckmantel der NPD verstärkt öffentlich ... agieren“ (VS-Bericht), stehen Ruf und der Annäherungskurs von Worch und Wulf an die Jungen Nationaldemokraten und die NPD auf dem Spiel. Wenn sogar die Hamburger Behörde zu berichten weiß, daß es der Nachfolgestruktur der verbotenen Nationalen Liste, den „Freien Nationalisten“, „zuallererst darum geht, sich selbst auf der Straße zu präsentieren, und nicht darum, die Ziele der NPD zu unterstützen“, müßte sie den Aufmarsch und die Fortführung einer verbotenen Organisation in einer zu verbietenden – weil offen neofaschistischen – Partei unterbinden. Nur, verlassen können wir uns nicht darauf! *kun*

Demonstration
Samstag, 5. Juni
ab 10.00 Uhr
Hamburg
Stephansplatz / Kriegsklotz

Antifaschistische

KOMMUNALWAHLEN IN SACHSEN

Licht und Schatten beim Leipziger „bfb“

Wie soll es mit der öffentlich geförderten Beschäftigung weitergehen?

Von Anne Draheim

Gäbe es keine Arbeitslosen, wäre auch ein öffentlich geförderten Beschäftigungssektor nicht erforderlich. In Leipzig wurde deshalb 1991 in einem ABM-Stützpunkt mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen begonnen und daraus 1996 der städtische Betrieb für Beschäftigungsförderung „bfb“ gebildet. Hier werden im sogenannten zweiten Arbeitsmarkt für die Stadt wichtige Aufträge übernommen, die „zusätzlich, gemeinnützig und von öffentlichem Interesse“ sein müssen. Das sind Projekte, die kostengünstig ausgeführt und sonst nicht in diesem Umfang erledigt werden könnten. Ergebnisse sind im Stadtbild sichtbar: der neu gestaltete Schwanenteich, der Wildpark Connewitz, zahlreiche Kindertagesstätten, Dorfteiche in Lausen und Knauthain, das Fußballstadion in Leutzsch, der Sportplatz Lößnig, das Freibad Schönefeld, das Gelände der Robert-Koch-Klinik, Abriß der Kaserne Schöna, Arbeiten im Zoo, Sanierung der Stadtgüter Mölkau, Knauthain, Seehausen, Grasdorf usw.

Neue Projekte sind die Sanierung der Kongreßhalle, Erschließungsarbeiten am Sachsenplatz, am Sportforum und das Expo-2000-Projekt Cospuden.

Finanziert wird der bfb aus dem Etat der Stadt, aus Mitteln des Sozialamtes, Sachkostenzuschüssen der Fachämter, EU-Fördermitteln und von der Bundesanstalt für Arbeit.

Im Jahresdurchschnitt finden etwa 5 000 Personen hier Arbeit. Insgesamt haben bis jetzt 25 000 Leipziger eine solche Maßnahme in Anspruch nehmen können, manche davon mehrmals.

Die Tätigkeiten, die als ABM angenommen werden, sind meist einfache Handwerkerarbeiten und Arbeiten mit Schaufeln und Spaten im Freien, das sogenannte „Gummistiefelprogramm“, so wie es die Projekte erfordern. Das ist wichtig für weniger qualifizierte Menschen, die keine Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt haben. Für Sozialhilfeempfänger gibt es außerdem Möglichkeiten der Aus- und Fortbildung. Für jeden Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger entsteht nach Beendigung ihrer Maßnahme ein neuer Anspruch auf Arbeitslosengeld.

Somit ist der bfb neben der Stadtverwaltung der größte Arbeitgeber in Leipzig ...

Trotz dieser positiven Aspekte muß man die Wirkungsweise des bfb kritisch betrachten ... Es wird eine Entlohnung der Mitarbeiter nach Tarifen gefordert, die für diesen Sektor generell gelten sollten – diese gibt es leider noch nicht. Für viele Beschäftigte ist es nachteilig, daß sie nicht ihren Fähigkeiten entsprechend Arbeit erhalten. Disqualifizierung oder Diskriminierung ist nicht zu bestreiten, wenn Frauen schwere Arbeit übernehmen, die eher für Männer geeignet wäre ...

Die PDS-Fraktion versuchte, weitere Formen der Beschäftigungsförderung auf den Weg zu bringen. 1995 wurde ein Antrag zur „Bildung eines sozialen Sanierungsträgers zur Wohnraumbeschaffung“ als selbständiger Betrieb gestellt. Er wurde vom Stadtrat abgelehnt.

Im Wahlprogramm der PDS zu den Kommunalwahlen 1999 wird ein öffentlicher Beschäftigungssektor als „dritte Säule“ zum ersten und zweiten Arbeitsmarkt gefordert. Es sollen feste Arbeitsplätze sein, gemeinnützig, im öffentlichen Interesse und mit Fördermitteln finanziert. Das könnten soziokulturelle und ökologische Dienstleistungen sein. Auch könnte für neue zukunftsträchtige Arbeitsrichtungen an traditionellen Technologien wie z.B. dem Maschinenbau angeknüpft werden. Vorhandene Fähigkeiten und Fertigkeiten der Menschen könnten genutzt werden. Ebenso sollte das Forschungspotential der Hochschulen und Universitäten einbezogen und mit dem ortsansässigen Gewerbe für neue Strukturen verbunden werden.

Es wäre auch denkbar, eine sogenannte „lokale Wirtschaftsförderung“ zu begründen. Hier könnten dezentralisiert stadtteilbezogene Projekte mit echter Bürgerbeteiligung und lohnkostengünstigen Arbeitskräften von ortsansässigen Firmen ausgeführt werden.

Ein großes Betätigungsgebiet würde sich daraus ergeben. Die im Juni 1999 neu zu wählende Stadtratsfraktion der PDS hat hier eine Verpflichtung, zu neuen Ergebnissen zu kommen.

*aus: Leipzigs Neue, 14.5.99
Anne Draheim ist Abgeordnete der PDS im Leipziger Stadtrat und arbeitet dort u.a. im Beirat des Leipziger Betriebs für Beschäftigungsförderung.*



PDS-Kandidaten und -Wahlhelfer wurden attackiert

Über die rechte Szene rund um das Leipziger Kirschberghaus und das erstaunlich „geduldige“ Verhalten des sächsischen Staatsschutzes ihr gegenüber hatten wir in einer der letzten Ausgaben berichtet. Mitte Mai berichtete die Zeitung „Leipzigs Neue“ über eine neue Attacke von Nazi-Skinheads aus dieser Szene – diesmal gegen PDS-Stadtratskandidaten. Am 13. Juni sind in Sachsen ebenso wie in mehreren anderen ostdeutschen Bundesländern neben der Europawahl auch Kommunalwahlen.

Am Abend des 6. Mai wurde der Info-Stand des Leipziger Jugendwahlbüros mit jugendlichen Stadtratskandidaten der PDS vor dem Allee-Center in Leipzig-Grünau von einer Gruppe Nazi-Skinheads überfallen. Sie bewarfen die Kandidaten und ihre Wahlhelfer mit Steinen und Eiern und beschädigten den Wahlkampfbus. Ein junger PDS-Wahlhelfer wurde am Auge verletzt, er mußte durch den Notarzt der Augenklinik vor gestellt werden.

Die 15 Neonazis, die sich zu ihrer NPD-Mitgliedschaft bekannten, zogen anschließend zum Kirschberghaus. Hier konnten sie jedoch von der Polizei, die erst nach etwa 15 Minuten am Tatort eintraf, nicht mehr gestellt werden. Peter Wasem, Stadtratskandidat der PDS und einer der vom Überfall Betroffenen, hat im Namen der PDS beim Staatsschutz Strafanzeige wegen gefährlicher Körperverletzung und Sachbeschädigung erstattet.

Bereits während des Wahlkampfes zur Oberbürgermeisterwahl im Frühjahr 1998 wurden PDS-Infostände und Wahlhelfer durch Neonazis angegriffen.

Der neuerliche Überfall zeigt, daß trotz der öffentlichen Diskussion um das Kirschberghaus und der eingeleiteten Maßnahmen Leipzig-Grünau nach wie vor ein Schwerpunkt neonazistischer Aktivitäten ist.

aus: *Leipzigs Neue*, 14.5.99



Nazi-Aufmarsch im Januar 98 in Dresden

AUSGRENZUNG: Pinneberg.

Mit den 27 Stimmen von SPD, UfW und CDU gegen die beiden Stimmen der GAL wurde die Sondersatzung extra für die ungeliebten „Café-Linde“-Besucher geändert. Nach dem entscheidenden Passus der erweiterten Sonder satzung wird künftig der Alkoholkon sum in der Öffentlichkeit in der ganzen Stadt verboten sein, wenn dadurch „der Gemeingebräuch anderer unzumutbar beeinträchtigt“ wird. Geduldet wird nur noch „das vorübergehende Verweilen zum Genuß geringer Mengen Alkohol“. Die Grünen-Vertreterin Beate Seifert beklagte die „Doppelmoral“. Bei Jazz- und Weinfesten wird der Konsum großer Mengen Alkohols geduldet, bei der „Café-Linde“-Gruppe aber nicht. Es gehe einzig und alleine darum, mit der neuen Satzung die Szene rund um das „Café-Linde“ aus der Innenstadt zu ver treiben. Statt sich mit dem Problem der zunehmenden Verelendung in der Ge sellschaft auseinanderzusetzen, wird die Verelendung in Pinneberg einfach verboten.

CITY-MANAGER: *Hamburg*. Mit Unter stützung des Senats versuchen Ge schäftsleute und ihre Verbände seit Jahren, den Umsatz und die Grundrente störende Menschen aus der Innenstadt zu vertreiben, bisher erfreulicherweise ohne größeren Erfolg. Jedenfalls konnte der Senat die meisten der in den zahlreichen „Bettler-Papieren“ angekündi gten Vertreibungskonzepte nicht durchsetzen. Jetzt soll ein von etwa 20 Unternehmen in der Innenstadt für drei Jahre finanziert „City-Manager“ für Umsatzsteigerungen sorgen. Die Stelle wurde von der Handelskammer ausgeschrieben und mit 400 000 DM Jahresgehalt dotiert. Einzelheiten über die Aufgaben wurden nicht bekanntgegeben.

KINDERGARTENGEBÜHREN: *Hamburg*. Im Streit um die finanzielle Um setzung des Familienurteil des Bundes verfassungsgerichts hat die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) die Abschaffung von Kindergarten gebühren verlangt. Eine kostenlose Nutzung von Krippen, Kindergärten und Tageseinrichtungen sei sinnvoller und sozial gerechter, als die jetzt von Bundesfinanzminister Hans Eichel (SPD) favorisierte Erhöhung der Steuerfreibeträge. Davon profitierten nur die Besserverdienenden. Nach Berechnungen der GEW zahlen Eltern in Deutschland jährlich rund 6,5 Mrd. DM Kindergarten gebühren. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund lehnte diese Forde rung ab. Nur mit größten Anstrengungen sei es gelungen, den seit Anfang des Jahres geltenden Rechtsanspruch auf Kindergartenplätze zu erfüllen. Den Kom munen jetzt weitere finanzielle Lasten aufzubürden, sei illusorisch.

WARNUNG VOR SLUMS: *Berlin*. Der Bundesverband Deutscher Wohnungs unternehmen (GdW), dessen Unterneh men sieben Mio. Wohnungen mit 16 Mio. Bewohnern haben (darunter 40% Sozialhilfeempfänger) fühlt sich von der sozialen Entwicklung infolge Arbeitslosigkeit und Verarmung überfordert und sieht die Gefahr der Bildung von Slums in deutschen Städten. GdW-Präsident Jürgen Steinert fordert die Abschaffung der Fehlbelegungsabgabe, die Erhöhung des Wohngeldes und den Erhalt kommunaler Wohnungsunternehmen, die mit ihren niedrigen Mieten zur Entlastung der Sozialhilfe beitragen.

SOZIALWOHNUNGEN: *Düsseldorf*. Nach Angaben der Bundesregierung steigen die Nettokaltmieten im Bundes gebiet nur noch langsam. Verteuerten sie sich 1998 noch um 1,1%, so hat sich die Steigerungsrate im März 1999 auf 0,8% reduziert. Auch der Anstieg der Wohn nebenkosten hat sich von 4,4% (1997) auf 2,4% im März 1999 reduziert. Nach der Prognose der ehemaligen Bundes forschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung von 1996 erwartet die Re gierung bis 2005 eine jährliche Errich tung von 436 000 Wohnungen im Jahr. Ende 1997 gab es in Westdeutschland und Westberlin ca. 2,1 Mio. Sozialwohnungen des 1. Förderweges mit Miet preis- und Belegungsbinding. Hinzu kommen im 2. und 3. Förderweg geför derte Wohnungen. Bis Ende 1997 wurden im Osten 249 451 Wohnungen öffentlich gefördert, davon 106 387 als Eigentums maßnahmen. Im Zeitraum zwischen 1998 und 2002 dürften in den alten Län dern und Westberlin rund 450 000 Sozialmietwohnungen des 1. Förderweges ihre Mietpreis- und Belegungsbinding verlieren.

STADTWERKE-FUSION: *Düsseldorf*. Die Stadtwerke Düsseldorf planen die Fusion rheinisch-bergischer Versorger. Die ursprünglich anvisierte Lösung un ter Einschluß der Kommunalversorger Köln und Duisburg kam zwar nicht zu stande, jedoch wollen in Zukunft die Stadtwerke Düsseldorf, Krefeld, Neuss und Remscheid ihre Versorgungsaufga ben im Energie- und Wasserbereich ge meinsam optimieren. „Experten“ schätzen, daß am Ende der Konzentrations welle in Deutschland von derzeit beinahe 1000 Energieversorgern nur etwa 100 bis 300 Stadtwerke übrig bleiben. Bun deswirtschaftsminister Müller lehnt derweil die Forderungen des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU) nach „Privilegien“ auf liberalisierten Strom märkten ab. Die wettbewerbliche Öff nung der Märkte wieder zurückzudrehen, erhöhe für die kommunalen Unter nehmen die Gefahr, den Anschluß an den Wettbewerb zu verlieren.

Zusammenstellung: ulj

Sofortiger Stopp der Nato-Bombardierungen!

Am 18. Mai verabschiedeten in einer Sitzung der IG Metall Vertrauensleute und Betriebsratsmitglieder der Firma Haldex, Heidelberg die anwesenden 20 Kolleginnen und Kollegen bei zwei Gegenstimmen und drei Enthaltungen folgenden Brief an die jugoslawischen Gewerkschaften

An den Gewerkschaftsbund in Serbien, z.Hd. Kollege Tomislav Banovic (Vorsitzender), an die Vereinigung Unabhängiger Gewerkschaften in Jugoslawien, z.Hd. Kollege Radoslav Ilic (Vorsitzender), Bundesregierung, SPD, Grüne, IG Metall, DGB, EGB und Presse zur Kenntnis

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
seit zwei Monaten bombardiert die Nato unter Führung der USA, Großbritanniens und Deutschlands mit bis zu 679 Einsätzen pro Tag „erbarmungslos“ (Clinton) Euer Land. Über 8000 Bomben wurden seither abgeworfen, bis hin zu weltweit geächteten Cluster-Streubomben. Zynisch spricht die Nato von „Kampagne“, „Waffenmaterial ablegen“ und „Kollateral-“ (Nato-Neu-Deutsch) „Begeleitschäden“. Inzwischen kann auch hierzulande nicht mehr verschwiegen werden, daß dieser „chirurgisch saubere“, nie erklärte Krieg schon 1500 Tote unter der Zivilbevölkerung gekostet hat. Statt Glaube und Irrtum vieler, die Nato wolle „Menschenrechte“, nehmen Bestürzung und Entsetzen zu. Jeder Bombentag wird mit 130 Mio. DM Steuergeldern finanziert. Die wirtschaftlichen Schäden in Jugoslawien sind größer als im Zweiten Weltkrieg (200 Mrd. DM), die Umwelt ist verseucht. Über 500000 haben durch die systematische Zerstörung von Fabriken und Kragujevac, Pancevo, Belgrad ihren Arbeitsplatz verloren. Deren Familien eingeschlossen, ist die Existenz von über zwei Millionen Menschen bedroht. „Die Nato hat Jugoslawien wirtschaftlich in die 40er Jahre zurückgebombt“, schreibt die hiesige *Rhein-Neckar-Zeitung* vom 4.5.1999.

Wir arbeiten hier in Heidelberg in einem Zulieferbetrieb (Bremsen u.a.) für Nutzfahrzeuge. Das Werk (ehemals Graubremse) ist Teil des schwedischen Haldex-Konzerns. Jede/r siebte Beschäftigte ist Ausländer/in. Ein Viertel von ihnen kommt aus Jugoslawien, arbeitet bereits seit 25 Jahren solidarisch mit uns zusammen. Wir sind erschüttert über deren Berichte, daß ihre Angehörigen alle paar Stunden in Bunker und Keller müssen und um ihr Leben fürchten. Dieser Krieg gegen einen souveränen Staat ... muß sofort gestoppt werden!

Der Krieg verstößt eindeutig gegen Artikel 39 der UN-Charta (Verbot eines Angriffskrieges). (...) Eine Ermächtigung des UN-Sicherheitsrates nach Artikel 53 liegt nicht vor, eine deutsche Kriegsbeteiligung ist auch im 2-plus-4-Vertrag ausgeschlos-

sen. Angriffskriege sind auch nach Artikel 26 Absatz I und Artikel 86 a des Grundgesetzes der BRD verboten und gemäß § 80 StGB strafbar.

Wir nehmen es nicht länger hin, daß Gegner dieses Krieges von der Regierung Schröder/Fischer/Scharping in einen Topf mit der Politik des Regimes in Serbien geworfen werden. Was haben Raketen auf Menschen, Häuser und Fabriken in Belgrad, Nis und Novi Sad, auf über 50 Brücken und 20 Hauptverkehrsstraßen in ganz Jugoslawien, einschließlich Montenegro, mit der Verhinderung von Elend und Vertreibung im Kosovo zu tun? Was ist es anderes als pure Heuchelei, wenn seit dem 24. März unter dem Vorwand „Verteidigung von Menschenrechten“ durch die Weltpolizei Nato gebombt wird und Minister Joseph Fischer laut Lagebericht seines Auswärtigen Amtes noch bis vor kurzem Asylgerichten hat mitteilen lassen: „Albanische Volkszugehörige aus dem Kosovo sind in Jugoslawien keiner Gruppenverfolgung ausgesetzt“ (Münster, 11.3.99, Az 13 A 3894/94.A). (...) Keine Bombe hat Vertreibung und Mord verhindert oder einem einzigen Flüchtling geholfen. Nationalistische Greuelaten wurden nur noch mehr angestachelt. Dem sogenannten „Wertesystem“ Nato geht es laut Clinton um seine „Interessen“, sprich um Rüstungsprofile und statt eines unabhängigen Jugoslawiens um Macht und Einfluß auf dem Balkan, Verbindungswege zum Nahen Osten, den reichen Ölreserven im Bereich des Kaspischen Meeres, mit Blickrichtung Rußland. Auch Deutschland soll nach Jahrzehnten und „Nie wieder Krieg!“ erneut kriegsfähig werden. (...) Unter uns sind noch Kollegen, die als Kind selbst die Auswirkungen eines Krieges gesehen haben. Und jetzt vor ihrer Rente müssen sie wieder einen Krieg erleben! Hat man nichts aus der Geschichte gelernt? Krieg führt nicht zu Frieden, ist weder human noch humanitär. Er ist die humanitäre Katastrophe und das letzte, was sich die arbeitenden Menschen in Deutschland von der neuen SPD/Grünen-Regierung erhofft haben.

Inzwischen wird – neben hektischer G7-Diplomatie nach außen – in Jugoslawien nicht nur weiter gebombt, sondern unverhüllt mit totaler Eskalation, „Bodenruppen“ (Blair) und Besetzung gedroht. Wir können und dürfen deshalb nicht mehr schweigen! Die arbeitenden Menschen in allen Ländern haben national wie international keine sich widersprechenden Interessen und müssen sich gegenseitig unterstützen. Von unseren jugoslawischen Kollegen hier wissen wir, daß dem zwei Millionen Mitglieder zählenden Gewerkschaftsbund Serbiens Arbeiter aller ethnischen Gemeinschaften und Religionen gleichberechtigt an-



gehören. In Belgrad z.B. sind fünf Prozent der Gewerkschaftsmitglieder ethnische Albaner. Auch sie erhalten nach einem auf Initiative des Gewerkschaftsbundes erlassenen Gesetz der Regierung derzeit Unterstützung in Höhe des Mindestlohnes, wenn eine Fabrik in Schutt und Asche gelegt ist.

Als gewählte gewerkschaftliche und betriebliche Interessenvertretung schließen wir uns der Solidarität an, die die Arbeiter und die gesamte Bevölkerung Jugoslawiens insbesondere von den Lohnabhängigen und Gewerkschaften südeuropäischer Länder erfahren. Entgegengesetzt zu den Verlautbarungen des DGB-Vorsitzenden haben auch in Deutschland im April über 2000 gewerkschaftliche Funktionäre per Unterschrift die Einstellung des Nato-Bombardements gefordert. Im DGB-Grundsatzprogramm von 1996 steht: „Soziale, ökonomische und ökologische Konflikte müssen auf zivilem Weg ohne militärische Gewalt gelöst werden.“ Daß seitens der Vorstände von IG Metall, DGB und EGB bisher noch keine Unterstützungserklärungen bei den jugoslawischen Gewerkschaften eingetroffen sind, ist bedauerlich. Wie versichern Euch, Kolleginnen und Kollegen, uns in gewerkschaftlichen Gliederung mit allen Kräften diesbezüglich einzusetzen.

Von Bundesregierung und Nato fordern wir: Sofortiger Stopp der Nato-Angriffe und -Bombardierungen! Umgehende Aufnahme von Verhandlungen unter Federführung der UNO! Wirksame Soforthilfe für Flüchtlinge statt Krieg und Interventionspolitik! Keine Auslands-einsätze der Bundeswehr! Alle Kriegshandlungen, Verfolgung und Vertreibung der Menschen im Kosovo müssen sofort beendet werden! Wir unterstützen die Einberufung einer Balkankonferenz unter Beteiligung der Regierungen und Vertreter aller nationaler Gemeinschaften dieser Staaten.

Mit solidarischen Grüßen, Mitgefühl und Unterstützung
IG-Metall-Vertrauenskörper Haldex, Engelbert Buhmann (Vorsitzender) und Betriebsrat Haldex, Martin Hornung (Vorsitzender) (aus Platzgründen gekürzt)

Durch Sozialhilfe be- zuschußtes Niedriglohn- Einkommen? HB, Mittwoch, 19.5.99:

Der Deutsche StädteTag (DST) hat den Vorschlag von Arbeitgeber-Präsident D. Hundt für ein aus der Sozialhilfe finanziertes Kombi-Einkommen bei Niedriglöhnen kategorisch abgelehnt: „Wer Kombi-Löhne durch Sozialhilfe finanziert, produziert Hunderttausende neue Sozialhilfeempfänger, die zu ihrem Lohn ergänzende Sozialhilfe erhalten“, so DST-Hauptgeschäftsführer Stephan Articus.

Gastwirte demonstrieren gegen neue Regelungen für geringfügig Beschäftigte. Der Präsident des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes, E. Kaub, sagte, das Hotel- und Gaststättengewerbe sei vom faktischen Wegfall der geringfügigen Nebenbeschäftigung härter betroffen als andere Branchen. In der Branche seien nach vorsichtigen Schätzungen etwa die Hälfte der 400 000 Beschäftigten nicht mehr bereit, unter den neuen Bedingungen weiterzuarbeiten.

Tarifpolitik im Bündnis für Arbeit? HB, Donnerstag, 20.5.99: Im Beschäftigungspakt müsse festgelegt werden, daß ein erheblicher Teil der jährlichen Produktivitätssteigerung für Investitionen in den Betrieben bleibe und nicht für Lohnsteigerungen ausgegeben werde, so BDA-Hauptgeschäftsführer Reinhard Gönner.

DIHT fordert Wirtschaftsentlastung schon im Jahr 2000. HB, Freitag/Samstag, 21./22.5.99: Der Hauptgeschäftsführer des DIHT, Franz Schosser, beharrt auf die Zusage des Bundeskanzlers, die Unternehmenssteuerreform werde bereits im Jahr 2000 vollzogen. Finanzminister Eichel hält an seinem Plan, die steuerliche Entlastung erst 2001 vorzunehmen, fest. Schosser stellte fest, dies schwäche die Konjunktur und gefährde Arbeitsplätze.

Bundesbank kritisiert Tarifrunde 1999. Die Lohnrunde '99 habe die in den vergangenen 3 Jahren verfolgte Leitlinie moderater Tarifanhebungen verlassen. Die neuen Tarifvereinbarungen überschreiten den beschäftigungsneutralen Lohnerhöhungsspielraum in einer für die Wirtschaft schwierigen Phase zum Teil deutlich, tadelt die deutsche Bundesbank in ihrem im Mai vorgelegten Bericht. Die Unternehmen beurteilten ihre Lage und die näheren Aussichten vorsichtig bzw. überwiegend pessimistisch.

Zusammenstellung: rst

Einstellung aller Befristeten!

BSH will 241 befristete KollegInnen entlassen. Dafür sollen Leiharbeiter eingestellt werden. Darüber sind nicht nur die Befristeten zu Recht empört. Alle wissen, daß dies auch einen weiteren Angriff auf die Arbeitsbedingungen der Stammbelegschaft bedeutet. (...) Die Angst der Stammbelegschaft vor Arbeitslosigkeit soll benutzt werden, sich nicht mit den Befristeten zu solidarisieren, sondern sie „freiwillig“ zu opfern. Deshalb droht die Betriebsleitung: „Um betriebsbedingte Kündigungen in den nächsten Monaten zu vermeiden, müssen wir in der Lage sein, flexibel zu reagieren.“

Die Befristeten wurden umgekehrt mit dem Argument zu Höchstleitungen angezogen, sie seien besser als die Stammbelegschaft, weil sie flexibler und weniger oft krank seien. Ihnen wurde sogar die Festeinstellung in Aussicht gestellt. Die Vorgesetzten, die den Befristeten versprochen hatten, sich persönlich für die Festeinstellung einzusetzen, sind unterdessen abgetaucht. Um jetzt zusätzlich die Befristeten noch einmal untereinander zu spalten, hat die Betriebsleitung am 5.5. eine „stufenweise Weiterbefristung“ für einen Teil der Befristeten über den Mai hinaus in Aussicht gestellt. Diese bil-

Zivilbeschäftigte bei US-Streitkräften

Gegen Austausch

Seit Jahren schon sind die ÖTV-Vertrauensleute der Zivilbeschäftigten bei den Stationierungsstreitkräften der US-Armee im Rhein-Neckar-Raum mit Informationsständen präsent. Sie werben um Unterstützung in ihrem Kampf um die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze.

Die US-Army beschäftigt in Mannheim nach wie vor 4 000 Zivilangestellte. Jedoch hat ein Austausch „ortsansässiger Arbeitskräfte“ (das sind deutsche und ausländische Arbeitskräfte, die nach deutschem Arbeitsrecht und einem ÖTV-Tarifvertrag bei der Army beschäftigt sind, „local nationals“, im Gegensatz zu US-Zivilisten) gegen US-Bürger stattgefunden. Waren es noch 1989 3 700 locals, sind es heute knapp 1 200. (...) Daß die Army im zivilen Sektor mehr und mehr auf US-Bürger zurückgreift, hat einen durchsichtigen Grund: US-Zivilisten in Army-Diensten genießen laut NATO-Truppenstatut die gleichen Privilegien wie US-Soldaten: Befreiung von Steuer- und Sozialabgabenpflicht, steuer- und zollfreien Einkauf in Militäreinrichtungen, von Kraftstoff, steuerfreie Autohaltung, Mehrwertsteuerbefreiung. Dadurch ist selbst bei geringerem Bruttoeinkommen die Kaufkraft wesentlich höher als bei entsprechenden „locals“. Die Privilegien werden von der US-Ar-

ligen Tricks sind zu durchsichtig, um auf sie hereinzufallen. Damit sollen sie lediglich bei der Stange gehalten werden, um noch bis zum letzten Moment „motiviert“ zu arbeiten, sich nicht krankschreiben zu lassen, ihren Urlaubsanspruch nicht wahrzunehmen – und vor allem sich nicht zu wehren.

(...) Der Druck, gleichermaßen auf Stammbelegschaft und Befristete, ist in den letzten Jahren unerträglich geworden. Die Entlassung der Befristeten und Einstellung von willkürlich ersetzbaren Leiharbeitern wird die Lage noch weiter verschlimmern. Auch die hohen Produktionsausfälle und technischen Mängel der letzten Zeit sind auf diese chaotische Unternehmenspolitik zurückzuführen. Die sklavereiähnlichen Bedingungen der Leiharbeiter, die die Betriebsleitung als Ersatz für die Befristeten willkürlich heuern und feuern will, sind eine Warnung für uns alle, was uns blühen wird, wenn wir nicht aufpassen. Netto bleiben häufig 9 bis 12 DM Stundenlohn bei undurchschaubaren Arbeitsbedingungen übrig. Die Spirale nach unten wird noch dadurch beschleunigt, daß die Konkurrenz unter den Leiharbeitsfirmen zunimmt, die aus einem unerschöpflichen Heer an Arbeitslosen schöpfen können. Deshalb ist es im Interesse aller, daß die Befristeten fest eingestellt werden.

(...)

Flugblatt von KollegInnen aus BSH, 10.5.99, gekürzt

my auch für solche Personen in Anspruch genommen, die gar nicht bei der Army, sondern über private Dienstleistungsfirmen für die Army tätig sind. Sie genießen dort den Status als „technische Fachkraft“ im Sinne des Artikels 73 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut. Die ÖTV-Vertrauensleute weisen jedoch darauf hin, daß die wenigsten dieser Beschäftigten tatsächlich „technische Fachkräfte“ sind. (...) Zur Zeit wird die Kontraktvergabe der Wartung und Instandsetzung der Mannheimer Kasernen „geprüft“. Betroffen von einer Kontraktvergabe wären 250 „locals“. Die ÖTV-Vertrauensleute gehen davon aus, daß bis 2003 die Kontraktvergabe vollzogen sein wird.

(...) Stellt sich die Frage der Konversion militärischer Arbeitsplätze. Hier äußern die Vertrauensleute heftige Kritik an der baden-württembergischen Landesregierung. Während die rheinland-pfälzische und die bayerische Förderprogramme für von Arbeitslosigkeit bedrohte Arbeitnehmer aufgelegt haben, stellt die Stuttgarter Regierung für den Mannheimer Raum keine solchen Gelder zur Verfügung. Da bei den Konversionsprogrammen der Wohnsitz der Arbeitnehmer entscheidend ist, wird die Mannheimer Zivil-Beschäftigtenbelegschaft gespalten in solche, die z.B. aus Rheinland-Pfalz gefördert werden, und solche, die als Bürger Baden-Württembergs keinen Anspruch haben. *ht (gekürzt)*



Nach Angaben der ÖTV die erste Demonstration in der Tarifgeschichte des Friseurhandwerks: Am 18. Mai protestierten in Stuttgart ein Dutzend Friseurinnen und Friseure vor dem Gebäude der Innung, weil diese einen Verhandlungstermin abgesagt hatte. Die ÖTV fordert eine Lohnerhöhung um sechs Prozent und eine Erhöhung der Ausbildungsvergütung um 80 DM monatlich. Die Auseinandersetzung wird allerdings nicht leicht: Von den 30000 Beschäftigten in Baden-Württemberg sind nur 150 bei der ÖTV organisiert.

Diakonie Bayern senkt Löhne. Trotz der Proteste gegen den tariflosen Zustand (s. PB 10) hat jetzt die Diakonie Bayern die Löhne der an- und ungelernten hauswirtschaftlichen Mitarbeiterinnen um 15% gekürzt. Von dem ab September geltenden Beschuß sind 3000 Beschäftigte betroffen, mehr als 90% davon Frauen. In vollem Umfang betrifft die Kürzung zunächst nur neu eingestellte Beschäftigte, die Löhne der bereits Beschäftigten werden stufenweise gesenkt.

Einzelhandel Schleswig-Holstein – Kein Angebot. Den ersten Verhandlungstermin am 29.4. hätte man sich sparen können. Obwohl der Einzelhandelsverband die Forderungen der hbv seit einem Monat vorliegen hatte, konnte er „kein Angebot vorlegen“. Die Tarifkommissionen von hbv und DAG warteten rund drei Stunden nach dem mündlichen Austausch der Standpunkte auf diese Mitteilung. Von Seiten der Gewerkschaften wurde von vornherein betont, daß man auf „gewohnte Rituale“ verzichten wollte und daß die Forderungen so gestaltet sind, daß es rasch zu einem Abschluß kommen könne! Statt dessen überreichte Herr Kettler vom EH-Verband den Verhandlungsführern einen Katalog von Strukturveränderungen. Z.B. daß ungelernte Verkäuferinnen nicht mehr nach einer Anzahl von Jahren in die nächste Gehaltsgruppe „Gelernte“ aufsteigen sollen – z.B., daß in Zukunft die Ausbildungsvergütungen gesenkt werden sollen – z.B. eine neue Niedriglohngruppe. Dazu ist anzumerken: Im letzten Jahr wurde vereinbart, „Strukturgespräche“ vor der neuen Gehaltsrunde zu führen. Dabei wurde der zweite Termin, der im April stattfinden sollte, abgesagt, nachdem die Gewerkschaften ihre Vorschläge dazu eingesandt hatten. Begründung: es wurde von Seiten der Arbeitgeber nicht gesehen, daß eine Einigung zustandekommen könne.

Löhne im Einzelhandel nicht mehr allgemeinverbindlich. Jetzt wurde auch der Lohn- und Gehaltstarifvertrag für

Schleswig-Holstein nicht mehr für allgemeinverbindlich erklärt, nachdem der Manteltarifvertrag vor drei Jahren nicht mehr allgemeinverbindlich wurde. Beantragt hatte die Allgemeinverbindlichkeit diesmal die Gewerkschaft hbv, während das sonst immer der Arbeitgeberverband tat, um gleiche Konkurrenzbedingungen zu erreichen. Hintergrund ist: Es hat sich vor gut einem Jahr im Nachbarland MV ein „Bund freier Kaufleute“ gegründet, in den Mitgliedsfirmen des Einzelhandelsverbandes abgewandert sind. Um das aufzuhalten hat der Einzelhandelsverband Schleswig-Holstein neuerdings die Möglichkeit einer „außertariflichen“ Mitgliedschaft geschaffen.

Warnstreiks in der Speditionsbranche. Am 11.5. sind die Warnstreikaktionen in der Speditions- und Logistikbranche in Baden-Württemberg von der Gewerkschaft ÖTV fortgesetzt worden. Bis heute waren 1500 Beschäftigte an den Warnstreiks beteiligt. Am 11.5. lagen die Schwerpunkte in den größeren Betrieben, Beschäftigte aus Firmen wie DPD/Ludwigsburg, Schenker/Mannheim, UPS/Freiburg-Umkirch u.a. waren beteiligt. Erstmals verlaufen Warnstreiks in der Speditions-, Logistik- und Paketdienstbranche in den genannten Unternehmen aus zwei Tarifbezirken – Baden-Württemberg und Hessen – parallel. Die Aktionen wurden auch in den folgenden Tagen fortgesetzt. Die Arbeitgeber haben Verhandlungsbereitschaft (bisher Angebot von 2,9%) signalisiert. Der nächste Verhandlungstermin wird der 2.6. sein.

Warnstreik bei Bewachungsfirma. ÖTV Berlin hatt ihre Mitglieder bei der Fa. Industrie- und Handelsschutz GmbH (IHS) zu einem erneuten Warnstreik für Mittwoch, den 12. Mai 1999 gegen Lohndumping aufgerufen. Die Tarifverhandlungen um höhere Löhne waren ins Stocken geraten. IHS bot als „letztes Angebot“ eine Erhöhung von 10 bis 20 Pfennigen pro Stunde an und lehnt weitere Verhandlungen ab. Mit dem Warnstreik

soll der Arbeitgeber an den Verhandlungstisch zurückgeholt werden. „Eine durchschnittliche Lohnerhöhung um 0,6% kann wohl nicht ernsthaft als Angebot bezeichnet werden“, betont Uwe Scharf, stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft ÖTV Berlin. Die Fa. IHS gehört mit rund 900 Beschäftigten zu den größten Berliner Bewachungsunternehmen. Dazu zählen auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf den Berliner U-Bahnhöfen, sie erhalten derzeit Stundenlöhne zwischen 13,50 und 16,00 DM brutto. Der einfache Wachmann wird lediglich mit Stundenlöhnen zwischen 9,00 und 10,50 DM brutto abgespeist. Der Warnstreik war bereits der zweite in dieser Tarifauseinandersetzung. Am 25. März 1999 folgte fast die gesamte Belegschaft im Bereich Bahnen (BVG) einem Warnstreikaufruf der Gewerkschaft ÖTV Berlin. Nach PE der ÖTV Berlin v. 12.5.99

Druckindustrie: 3,3 Prozent mehr Lohn nach zahlreichen Warnstreiks. Am 6.5. hat die IG Medien mit dem Bundesverband Druck rückwirkend ab dem 1.4. eine Lohnerhöhung von 3,3% vereinbart. Für die unteren Lohngruppen wurde für den zurückliegenden April eine Einmalzahlung von 135 DM vereinbart. Die Laufzeit ist 12 Monate. Nachdem der Bundesverband Druck noch zu Anfang der Verhandlungen auf ihrem Angebot von 2,8% beharrten, mußten sie unter dem Eindruck der Warnstreikbewegung, an denen sich bundesweit 17.500 Beschäftigte aus 168 Betrieben beteiligten, einem Ergebnis zustimmen, das in etwa dem in der Metallindustrie entspricht. Die IG Medien bezeichnet die Streikaktionen als die umfangreichsten seit vielen Jahren. Besonders erfreulich war die Beteiligung von Kolleginnen und Kollegen aus Akzidenz- und Kleinbetrieben. In zahlreichen Zeitungs- und Tiefdruckbetrieben fanden Warnstreiks über mehrere Schichten hinweg statt; in einer Reihe von Fällen gelang es, die Herausgabe von Zeitungen zu verhindern oder auf Notausgaben zu reduzieren.

Am 12. Mai sprach **Gregor Gysi in München zur Europawahl**. Zur Wahlkundgebung am Sendlinger-Tor-Platz kamen am 12. Mai um 15 Uhr etwa 350 Menschen. Gregor Gysi gelang es, schwierige Sachverhalte der internationalen Politik fesselnd darzustellen. Die Bundesregierung hat den Boden der UN-Charta, des Grundgesetztes und des 2+4-Vertrages verlassen. Die Nato-Länder machen gerade mal 10% der Weltbevölkerung aus. Es kann nicht die Rede davon sein, daß „die Völkergemeinschaft“ den Nato-Einsatz legitimiert. Die Demütigung Russlands wird sich bitter rächen.

Gewendet an die relativ zahlreichen jugoslawischen Zuhörer sagte Gysi, daß direkte Verhandlungen mit den Albanern der einzige tragfähige Ausweg seien. Beim gegenwärtigen Stand des Konfliktes müsse man davon ausgehen, daß die Rückkehr der Flüchtling ohne internationale Friedentruppen nicht zumutbar sei, nicht zumutbar für die jugoslawische Seite sei allerdings auch eine Beteiligung der Natostaaten an solchen Friedentruppen. Die PDS wolle nicht als die einzige Kraft gegen den Krieg erscheinen. Es gehe darum, vielleicht 80% der öffentlichen Meinung gegen die Kriegspolitik einzunehmen, dann könne die rot-grüne Regierung der Krieg nicht weiter führen. Dringlich nötig seien Gesetze gegen den Waffenexport.

Gysi riß auch an, daß die Politik der Natostaaten seit Jahr und Tag nur darauf berechnet sei, Jugoslawien zu zerstören, und dem Land zu keinem Zeitpunkt eine Perspektive in Richtung Europa gezeigt habe.

maf

Mit einer Rede von Sylvia Yvonne Kaufmann zur Europapolitik begann der **Landesparteitag der PDS Nordrhein-Westfalen** am 13. Mai. Sie verteidigte und begründete die Ablehnung der NATO-Aggression gegen Jugoslawien und forderte die Entwicklung ziviler Konfliktlösungsmethoden. Ulla Lötzer begründete nochmals die Forderung nach einem sozialen und solidarischen Europa, nach einer europäischen Sozialunion. Großes Interesse an der Entwicklung kommunaler Politik zeigten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Landesparteitags der PDS Nordrhein-Westfalen. Zur Kommunalwahl am 12. September will die PDS die durch Übertritte von Bündnis 90/Die Grünen und einer freien Wählervereinigung gewonnenen Ratsmandate in der kleinen Eifelstadt Heimbach und in Stolberg verteidigen. Zum Stadtrat wollen die Kreisverbände Duisburg, Herne, Witten und Wuppertal und eventuell auch Düsseldorf flächendeckend kandidieren. Das Wahlverfahren in NRW erzwingt eine flächendeckende Kandidatur in allen Kommunalwahlkreisen, wenn eine Partei

flächendeckend wählbar sein soll. Zusätzlich wird das Wahlrecht durch die 5%-Hürde beschränkt. In über zehn weiteren Orten wird die Kandidatur für Bezirksvertretungen und Oberbürgermeisterwahlen vorbereitet. Der Parteitag war mit 70 anwesenden PDS-Mitgliedern und SympathisantInnen nicht beschlußfähig und konnte deshalb über die vorliegenden Anträge zum Statut nicht beschließen. In einer weitgehend einmütig gefaßten Resolution verurteilte die Versammlung die NATO-Aggression gegen Jugoslawien.

uld

Ulla Lötzer und Winfried Wolf sind die Vertreter der westlichen Bundesländer in der **Programmkommission der PDS**. Die Programmkommission hat inzwischen ihre Arbeit aufgenommen.

Hans Modrow besuchte die **KP Böhmens und Mährens** am 12. Mai in Prag. Die Partei hatte ihn eingeladen. Außerdem traf er im Gebäude der tschechischen Nationalversammlung mit Abgeordneten der regierenden Sozialdemokratischen Partei und der Demokratischen Bürgerpartei von Expremier Klaus zusammen. Mit dem Vorsitzenden der KPBM Misloslav Ransdorf verabschiedete er eine Erklärung gegen den Krieg. Sie ist im PDS-Pressedienst nachzulesen.

„Zusammen hundert Jahre alt“, so stellte Hannelis Schulte sich und Feleknas Uca als Kandidatinnen der PDS zur Europawahl auf einer Veranstaltung der PDS Baden-Württemberg in Stuttgart vor. Die Heidelberger Theologin Hannelis Schulte, 78 Jahre, begründete aus ihrem seit den 50er Jahren andauernden Kampf gegen Militarismus, für Frieden und Abrüstung, warum sie jetzt für die PDS unter dem Motto „Europa schaffen ohne Waffen“ kandidiert.

Feleknas Uca, 22 Jahre alt, Arzthelferin, kurdischstämmige PDS-Kandidatin aus Celle forderte eine politische Lösung für Kurdistan – Gewalt sei weder im Kosovo noch in Kurdistan das Mittel, um die Konflikte zu lösen. Die Bundesrepublik solle ihre Unterstützung des türkischen Regimes mit Waffen einstellen. An der Veranstaltung nahmen rund 80 Menschen teil; am Vortag in Karlsruhe waren es 150.



Gewerkschaftsfusion

Das Flüstern der Lämmer

Gewerkschaften neuen Typs oder der Gefangenchor aus Nabucco

Angelo Lucifer

Bis auf die Führung der fünf „Plattformen-Gewerkschaften“ begegnet man kaum noch aktiven GewerkschafterInnen, die beim Gedanken an die Fusion zur Dienstleistungsgewerkschaft nicht massive „Bauchschmerzen“ bekommen. Das hindert aber die Führungen keinesfalls daran, den Zug ungebremst in Richtung Fusion fahren zu lassen. Die Herausbildung der „neuen“ Gewerkschaft ist die Bankrotterklärung der innergewerkschaftlichen Demokratie und der Fähigkeit politische und strukturelle Herausforderungen zukunftsweisend beantworten zu können. Ob die Gewerkschaftsstage sich diesem Zug in den Weg stellen werden ist eher fraglich. Die ehrenamtlichen FunktionärInnen werden in einem Prozeß, der allen Beschlüssen zum Trotz alles andere als offen ist, zum Objekt der Führungsentscheidungen degradiert. So wie der Name „Ver.di“ (vereinte Dienstleistungsgewerkschaft) bereits als gegeben gehandelt wird, so wurden in den letzten Monaten derartig massive strukturelle Fakten geschaffen, daß der hbv-Gewerkschaftstag im September 1999 zum Absegnen degradiert werden könnten. Dabei steckt im Namen, der an den Komponisten Giuseppe Verdi erinnert Anlaß zur Hoffnung, daß in der Dienstleistungsgewerkschaft die Kultur der Vielfältigkeit, Freiheit und Solidarität im Mittelpunkt stehen könnte. Verdis Hauptwerk Nabucco ist die Identifikation mit dem jüdischen Volk. Mit dem biblischen Stoff vom unterdrückten Volk der Juden, konnten sich die gegen die österreichische Fremdherrschaft aufbegehrenden Italiener identifizieren. Aber wer ist bei der „Ver.di“ das jüdische Volk – die Mitglieder? und die Fremdherrschaft – der neue Zentralismus, die ÖTV?

Am 24. bis 29. Oktober 1998 fand in Bremen der 15. Ordentliche Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen statt. Die Delegierten hatten zu entscheiden, ob der 50. Geburtstag zugleich der letzte sein sollte und die hbv mit der ÖTV, DAG, IG Medien und DPG im Jahre 2002 in einer Mega-Gewerkschaft aufgeht. Heiße Debatten waren zu erwarten. Die Abwahl eines Mitgliedes des Geschäftsführenden Hauptvorstandes (GHV) bestätigte diese Erwartung. Doch es kam anders. Ein Delegierter bezeichnete die Stimmung als das „Flüstern der Lämmer“.

Ist der Weg zur neuen Gewerkschaft frei?

So war zumindest die Interpretation der Kongressbeschlüsse durch die Medien und die hbv-Führung. Eigentlich war aus Sicht der Mega-Gewerkschaftsbefürworter durchaus zu befürchten, daß eine große Minderheit sich positionieren würde, um die Verschmelzung „unter der ÖTV“, die schon den Beinamen „die Dienstleistungsgewerkschaft“ trägt, zu verhindern.

Diese Minderheit wurde durch die Formulierung harter Kriterien integriert, die von einer neuen Gewerkschaft erfüllt werden müssen. Gleichzeitig aber wurde dadurch eine offene und notwendige Auseinandersetzung über die gewerkschaftspolitischen Ziele, Risiken und Alternativen zur Megagewerkschaft „verschoben“.

Chancen – Risiken – Alternativen

Eine neue Dienstleistungsgewerkschaft wird

- zentrale Bürokratien stärken
- gewerkschaftlichen Meinungspluralismus einengen und innergewerkschaftliche Demokratie dezimieren
- neue und schärfere Konkurrenzen produzieren
- und keine neue Stärke schaffen.

Auf Grundlage harter Kriterien wie zum Beispiel Selbständigkeit der Fachbereiche (Branchen), Beibehaltung der Tarifstrukturen, Stärkung der Gewerkschaftsarbeit für und mit KollegInnen in Kleinst-, Klein- und Mittelbetrieben, Erhalt des Prinzips der Einheitsgewerkschaft (parteipolitische Unabhängigkeit) und Stärkung des DGB, Ausbau der innergewerkschaftlichen Demokratie und ähnliches müßten nun die fünf Gewerkschaften bis Herbst 1999 ein schlüssiges Konzept auf außerordentlichen Gewerkschaftstagen vorlegen. Die Verschmelzung bedarf einer 80%igen Zustimmung aller Delegierten.

Die Entwicklung hat Gründe. Zum Beispiel: Der industrielle Großbetrieb, in dem die Gewerkschaften groß und durchsetzungsfähig geworden sind und der mit freigestellten Betriebsräten die gewerkschaftliche Arbeit prägt, ist auf dem Rückzug. An seine Stelle treten Klein- und Mittelbetriebe; viele davon sind Service-, Logistik- und sonstige „Dienstleistungs-Unternehmen“, begründet IG Medien-Chef Detlef Hensche das ehrgeizige Projekt.

Dem steht jedoch entgegen, daß mit wachsender Größe die Nähe zu den Mitgliedern geringer wird.

Auch soziologische Erkenntnisse sprechen gegen Großorganisationen. Parteien und Gewerkschaften bekommen dies schon jetzt am deutlichsten zu spüren. Derweil sinkt der Organisationsgrad auf den historischen Tiefststand von unter 30 Prozent.

Viele Menschen – hauptsächlich Jugendliche beiderlei Geschlechts und Frauen jeden Alters –, die politisch interessiert sind, wünschen sich eine partizipi-

patorische Organisationskultur. Demgegenüber steht die hierarchische Großorganisation Gewerkschaft, die nun noch mehr aufgeblättert werden soll.

Was die Psychologin Barbara Stiegler in ihrer Studie „Das Geschlecht als Bremse“ über die Erwartungen von Frauen an die Gewerkschaften sagt, trifft auch auf andere Gruppen zu: *Sie wollen flache Hierarchien, kooperative Arbeitsformen, projektorientierte Arbeitsweisen, Transparenz, vernetztes Denken und stringenten Arbeitsprozesse. Organisationen wie Greenpeace, BUND, amnesty international oder andere Bürgerinitiativen scheinen solche Erwartungen umzusetzen.*

Anstatt sich nun im anstehenden Erneuerungsprozeß über überschaubarere Formen Gedanken zu machen, wollen fünf Gewerkschaften bis zum Jahre 2002 eine „Dienstleistungsgewerkschaft“ mit derzeit circa 3,5 Millionen Mitgliedern ins Leben rufen. Die Deutsche Angestelltengewerkschaft (circa 500 000 Mitglieder) will zurück in den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB).

Mit ÖTV, HBV, IG Medien und Postgewerkschaft soll „etwas ganz Neues“ entstehen. Der Vorsitzende der Postgewerkschaft, Kurt van Haaren, spricht sogar von einer „Gewerkschaft neuen Typs“.

Der eher bescheidene Meinungspluralismus in der bundesdeutschen Gewerkschaftslandschaft wird mit den Gewerkschaftsfusionen jedoch weiter eingeschränkt, die Mitgliederbeteiligung und Selbstbestimmung sinkt, der DGB wird allen Reden zum Trotz endgültig entmachtet.

Die „Gewerkschaft neuen Typs“ könnte eine eher richtungslose Richtungsgewerkschaft werden.

In der Mega-Gewerkschaft sollen sich Straßenbahnführer, DruckerInnen, Briefträger, MüllwerkerInnen, Staatsanwälte, Sparkassenangestellte, Orchestermusiker, Theaterhandwerker, Kameraleute, Friseure, Krankenschwestern, Verkäufer, Journalisten, Toningenieure, Telefonisten, Schriftsteller, Croupiers, EDV-Operateure und viele andere wieder finden.

Hier wächst also zusammen, was vielleicht in der Tat nicht zusammen gehört.

Beliebte Begründung für den Zusammenschluß: Die Wandlung der Arbeits- und Produktionsprozesse und der Konzernstrukturen und Beschäftigungsverhältnisse.

Das gewerkschaftliche Organisationsprinzip ist unbestritten überholt, die Formel „Ein Betrieb – Eine Gewerkschaft“ überkommen. Noch orientieren sich die Gewerkschaften an den Unternehmensstrukturen der vierziger und fünfziger Jahre. Anstatt aber das Ganze vom Kopf auf die Füße zu stellen, werden jedoch noch abstraktere Gebilde gebastelt. Meistens sogar an den Mitgliedern vorbei, die gar nicht daran interessiert seien, wie der Verein heißt. Folgerichtig wurde auf dem Gewerkschaftstag der Antrag der hbv-Thüringen, eine Mitgliederbefra-

gung durchzuführen, beurteilt.

Die Gründung der IG Medien Ende der achtziger Jahre hatte noch eine gewisse Logik

Sie entstand aus der Kartellgewerkschaft Kunst und der IG Druck und Papier. Unter dem Dach der Gewerkschaft Kunst waren verschiedene Fachverbände vereint: Rundfunk-, Fernseh- und Filmforschende, Bühnenangehörige, Artisten, Orchester- und Solomusiker, Schauspieler, Maler und Bildhauer, Musiklehrer und Angehörige anderer kreativer Berufe. In der IG Druck und Papier waren neben den „klassischen“ Beschäftigten im Druck- und Druckvorstufenbereich auch der Verband Deutscher Schriftsteller (VS) und die Deutsche Journalisten Union (dju) organisiert.

Der Zusammenschluß zur einheitlichen Mediengewerkschaft hatte also Sinn.

Spätere Gewerkschaftszusammenschlüsse sind aber von dem Diktat der ökonomischen Probleme geprägt: Die Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF) wurde 1993 von der IG Bau, Steine, Erden „insolvenzfusioniert“; sie bekam den Namen IG Bauen, Agrar, Umwelt (IG BAU). Im letzten Jahr schlossen sich die drei Gewerkschaften IG Chemie, IG Bergbau und Gewerkschaft Leder zur IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) zusammen. Die beiden Gewerkschaften Textil-Bekleidung und Holz & Kunststoff beschlossen den Anschluß an die IG Metall.

Hartnäckig wird dementiert, daß die Gewerkschaft den Namen IG Mieder, Möbel, Metall bekommt.

Spätestens im Herbst 1999 sollen die fünf Gewerkschaften nun ihre Selbstauflösung beschließen.. Warum diese Eile?

Der DAG-Chef Roland Issen erklärt das Tempo so: „Wir müssen den Zeitraum, in dem die Gründungsmitglieder als Konkurrenzorganisationen nebeneinander arbeiten, möglichst kurz halten. So soll verhindert werden, daß sie in den Betrieben in alte Gegnerrituale zurückfallen.“

Daß Kollege Issen nicht irrt, beweist doch seine Organisation immer wieder. So beispielsweise vor wenigen Monaten bei Motex, Hörselgau bei Eisenach, wo die DAG einen Billig-Tarifabschluß unterzeichnete und im Gegenzug den „closed shop“ garantiert bekommt.

Ein weiteres Beispiel:

Die Beschäftigten des Warenverteilzentrums der Firma Elba-Bürosysteme werden nach den gültigen Tarifverträgen der Papierverarbeitung bezahlt. Zuständige Gewerkschaft ist die IG Medien. Elba gründete die Firma Häring Logistik GmbH und wollte den günstigeren ÖTV-Tarif annehmen. Die ÖTV war dazu bereit und bot sich an, sowohl einen Tarifvertrag abzuschließen als auch die Mitglieder der IG Medien zu übernehmen. Doch die Beschäftigten wollten keinen Tarif- und Organisationswechsel und

setzten mit zwei Warnstreiks den IG Medien-Tarifvertrag durch.

Diese Beispiele werden in der neuen Mega-Gewerkschaft der Vergangenheit angehören. Sie werden aber ersetzt werden durch neue Konkurrenzen unter den DGB-Gewerkschaften, wie z.B. zwischen IGM und Dienstleistungsgewerkschaft (Industrienahe Dienstleistung). Eine sich ständig wandelnde Wirtschaftsstruktur wird nicht durch Fusionen, die eh nur neue starre Strukturen schaffen, aufgefangen werden.

Die Abschaffung der Konkurrenz DGB und DAG wird ein Vakuum hinterlassen, das höchstwahrscheinlich anderen gelben Gewerkschaften neuen Zulauf verschafft. In Thüringen, Jena, bekommt man diese durch Lothar Späth, dem BdA und dem CGB (christlicher Gewerkschaftsbund) live vorgeführt. Gegen den Willen der Belegschaft von Jenoptik unterschrieb der CGB (Metall) einen Haustarifvertrag, der weit unter der Branche liegt und Arbeitszeitreglungen vorsieht, die die/den ArbeitnehmerIn gänzlich zum Spielball unternehmerischer Entscheidungen werden lassen.

Gemeinsame gewerkschaftliche Organisationen kann man weder strukturell noch organisatorisch erzwingen, sondern sie sind Ergebnis unterschiedlicher Orientierungen bei den abhängig Beschäftigten und den Kapitalinteressen. Daher wird der Wegfall der DAG ein Vakuum schaffen, das wie das Beispiel von Jenoptik zeigt, von anderen „gelben Gewerkschaften“ ausgefüllt werden wird.

Wie weiter?

Die Beteiligten betonen zwar, daß es kei-

ne aufnehmende und keine aufgehende Gewerkschaft geben wird. „Damit unterscheiden wir uns schon von den Konzentrationsprozessen, die es unter dem Dach von IG Chemie und IG Metall gegeben hat“, sagt Issen. Man ist sich einig, ein völlig neues Gebäude zu errichten: „Die alten Gewerkschaften wird es dann nicht mehr geben.“ Verschwiegen wird hierbei, daß es mehr das Diktat der Ökonomie und die Tatsache, daß ÖTV und DAG auch ohne die anderen zur Verschmelzung bereit wären, das Tempo bestimmen.

Die hbv Thüringen gehört in diesem Prozeß zu den Skeptikern, hat daher aktiv an der Entwicklung harter Kriterien, an der Bildung einer neuen Gewerkschaft mitgewirkt und hat mit der Durchsetzung der Option, daß im Herbst 1999 80 Prozent der Delegierten der neuen Gewerkschaft zustimmen müssen, eine Hürde mit durchgesetzt, die es ermöglicht, Fehlentwicklungen zu stoppen.

Die verbleibende Zeit muß genutzt werden, um einerseits die Ansprüche an die „neue Gewerkschaft“ zu präzisieren und andererseits glaubwürdige Alternativen zu entwickeln, die unseres Erachtens in einer Stärkung des DGB und der Entwicklung gewerkschaftlicher Strategien gegen Deregulierung, Tarifflucht und der Erhöhung der Kampffähigkeit und Organisationsgrad in den Betrieben liegen.

Die einfachste und konsequenteste Lösung, die direkte Mitgliedschaft im DGB, was Abgrenzungsproblemen ein Ende bereiten würde und außerdem viel Geld in der Gewerkschaftsverwaltung einsparen würde, wird nicht zu Ende ge-

dacht – das muß sich jedoch in den nächsten Monaten ändern –, weil es die Macht der Einzelgewerkschaften beschneiden würde.

5. Juni: Außerordentliche Landesbezirkskonferenz Thüringen zur „Dienstleistungsgewerkschaft“

„Die Bildung einer vereinten Dienstleistungsgewerkschaft und die Auflösung der hbv wird abgelehnt. Statt dessen wird die HBV ohne Fusion selbständiger Teil einer Kartellgewerkschaft. Angestrebgt wird eine einheitliche DGB-Mitgliedschaft“ heißt es im Antrag des Landesvorstandes. Ein zweiter Antrag definiert inhaltliche Anforderungen, die bisher in der Debatte keine Rolle gespielt haben: „Die Voraussetzung zur Bildung einer vereinten „Dienstleistungsgewerkschaft“ bzw. alternativer Organisationsformen ist die Entwicklung gewerkschaftspolitischer Ziele für eine neue Organisationsform. Die massive Kritik, die auch auf dem Bremer Gewerkschaftstag wegen der fehlenden politischen Inhalte in der „Plattform“ erhoben wurde, wurde nicht ernst genommen, und statt der gewerkschaftspolitischen Debatte fand in den letzten Monaten wieder nur eine Strukturdebatte statt. Mit dem Eckpunkte-Papier zur „Dienstleistungsgewerkschaft“, ist die Vorgabe gemacht, wer in welchem Raum einzieht, allerdings wurde dabei vergessen, den Architekten zu beauftragen, den Entwurf für das Gesamtgebäude und die Inneneinrichtung zu erstellen. Ein solches Gebäude wird zusammenbrechen...“

Mai 1999, Angelo Lucifero ist stellv. Landesleiter der Gewerkschaft hbv Thüringen

Der Vertrag von Amsterdam beinhaltet Grundlegungen für einen EU-Interventionismus

Krieg gegen Jugoslawien: Die EU in Aktion

Der Krieg gegen Jugoslawien ist völkerrechts- und grundgesetzwidrig. Dies wird ernsthaft nur von sehr wenigen bestritten. Aber verstoßen die Mitglieder der Europäischen Union damit auch gegen den Europäischen Unionsvertrag?

Der Vertrag über die Europäische Union dürfte das einzige Vertragswerk sein, in dem das Recht auf gewaltsame Intervention festgeschrieben und als Ziel formuliert ist. Die öffentliche Diskussion konzentriert sich stark auf die Nato, die aktuelle Rolle der Europäischen Union unter deutschem Ratsvorsitz wird dabei häufig vernachlässigt. Gerade im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament muß verstärkt thematisiert werden, dass die Schaffung einer zivilen Europäischen Union ohne die WEU eine ganz aktuelle Aufgabe ist.

Bundeskanzler Gerhard Schröder hat am 15.4. auf der Bundestagssondersitzung in seiner Regierungserklärung mit keinem Wort auch nur versucht, den Na-

to-Luftkrieg aus dem Völkerrecht oder dem Grundgesetz zu rechtfertigen. Andere Redner der Koalition sowie der CDU- und FDP-Opposition versuchten gestelzt das Wort Krieg zu vermeiden, als könnten sie dadurch den Nato-Angriff sanktionieren. Im Grunde genommen sind sich jedoch im wesentlichen Befürworter und Gegner des Nato-Krieges darin einig, dass der Nato-Luftangriff weder mit der UNO-Satzung vereinbar ist noch mit dem Grundgesetz und auch nicht mit dem Nato-Statut. Da der Nato-Luftkrieg völlig unzweifelhaft sich auch gegen zivile Ziele richtet, überschreitet der Einsatz der Bundeswehr schon jetzt das Mandat, welches der Bundestag der Bundesregierung gegeben hat.

Das gefährliche an der gegenwärtigen Situation ist, dass mit dem Nato-Luft- und wahrscheinlich auch bald Bodenkrieg nicht nur Fakten geschaffen werden. Die Nato mandatiert sich nicht nur selbst zum Weltpolizisten und untermi-

niert die Autorität der UNO. Darüber hinaus wurden unüberhörbar internationale Rechtsvorstellungen artikuliert, durch welche die zunächst nur faktisch eingenommene Rolle der Nato als Weltpolizist auch rechtlich festgeschrieben werden soll. In diesen Konzepten spielt die Europäische Union eine bedeutende politische und – wenn es nach ihren Protagonisten geht – auch militärische Rolle. „Unter dem Druck des Krieges, der Vertreibung und der Nato-Gegenschläge zeichnet sich das neue Schema eines internationalen Grundgesetzes ab“, schreibt die Süddeutsche Zeitung am 17.4.1999.

Die Diskussion um die Rechtfertigung des Jugoslawienkrieges bleibt aber nicht dabei stehen, diesen Einsatz unter Verweis auf die Herausbildung „neuen Rechts“ zu billigen. Der bereits erwähnte Artikel in der Süddeutschen Zeitung zeigt die Entwicklungsrichtung auf, in deren Lichte auch der Vertrag über die

Europäische Union dann zu sehen ist. Es heißt dort weiter:

„Doch nicht erst seit den UN-Einsätzen in Somalia und Bosnien hat sich über die Jahre eine Entwicklung angebahnt, die dem Völkerrecht jene neue Richtung gibt, welche jetzt durch den aktuellen Krieg einen enormen Schub erhält. Zwei Ursachen spielen die größte Rolle. Zum einen kristallisiert sich im Völkerrecht ein neuer herrschender Kanon heraus, der die Menschenrechte nicht mehr zu den ‚Angelegenheiten‘ zählt, ‚die ihrem Wesen nach zur inneren Zuständigkeit eines Staates gehören‘. Man darf sich einmischen. Das ist revolutionärer als nur eine Neuinterpretation des einschlägigen Artikel 2 der UN-Charta, es läuft auf einen Paradigmenwechsel hinaus. Denn damit wendet sich das Völkerrecht über die Köpfe der Völker und Staaten hinweg direkt den einzelnen Individuen zu. In diesem Sinne wandelt es sich selbst zum Menschenrecht.“

Der Autor sieht diese Entwicklung im Zusammenhang mit der Globalisierung und der von zahlreichen Autoren in der öffentlichen Diskussion gegenwärtig ausgemachten politischen und konstitutionellen Entmachtung der Nationalstaaten. Dem herkömmlichen Völkerrecht würden die klassischen Subjekte, nämlich die Nationalstaaten, abhanden kommen:

„Soweit in der Ferne der Zielpunkt dieses Prozesses auch liegen mag, schon aus seiner Fluchlinie wird sich das außenpolitische Völkerrecht mit der Zeit ethisch umstellen und zur Verfassung einer künftigen Weltinnenpolitik fortentwickeln. Menschenrechte sind von innenpolitischen Rechtsansprüchen nicht zu unterscheiden, sie postieren keine Grenzschutzbeamten zwischen Individuen, wie das alte Völkerrecht, sie entlassen sie. Wir sind auf dem langen Marsch zu einem Weltgrundgesetz; ein Weltstrafgesetz etabliert sich bereits. Eine gemeinsame Zivilität würde strenggenommen keine Einmischung mehr kennen: Die fremde Angelegenheit wäre die eigene.“

Obwohl die Menschenrechte, wie die Bilanz des bisherigen Krieges zeigt, durch militärische Intervention nicht geschützt, sondern nur anderweitig umfassend und verheerender verletzt werden, dienen sie als Schlagwort für das Recht auf jederzeitige Intervention, quasi als eine Art moderner Menschenrechtskreuzüge.

Gerade an diesem Punkt ist es erforderlich, den Vertrag über die Europäische Union näher ins Auge zu fassen. Denn dieser Vertrag ist ganz im Sinne der eben beschriebenen Prinzipien so ausgestaltet, dass die Außenpolitik der Europäi-

schen Union nicht auf Achtung der Souveränität und territorialen Integrität, der Achtung der inneren Angelegenheiten fremder Nationen aufbaut und damit das, wie es oben genannt wurde, klassische Völkerrecht respektiert. Nein, der Vertrag über die Europäische Union als in Amsterdam am 2.10.1997 vereinbarter Vertrag beinhaltet schon jene oben als revolutionär apostrophierte Neuinterpretation des Völkerrechts. Die Europäische Union wendet sich in diesem Vertrag über die Köpfe der Völker und Staaten hinweg, selbsterklärt, den einzelnen Individuen zu und mandatiert sich ausdrücklich für diese Ziele staatliche Souveränität zu mißachten. Dies soll im folgenden an den einschlägigen Artikeln des Vertrages über die Europäische Union vom 2.10.1997 aufgezeigt werden.

Einschlägiges im EU-Vertrag

In Artikel 2 (Ziele der Union) heißt es:

Die Union setzt sich folgende Ziele: ...

– die Entwicklung und Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten.

(2) ... Der Rat trägt für die Einhaltung dieser Grundsätze Sorge.

Es ist hierbei zu beachten, dass die Entwicklung und Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten hier nicht bezogen ist auf die innere Entwicklung der Europäischen Union. Es handelt sich um die Bestimmungen über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.

Artikel 13 (Grundsätze; allgemeine Leitlinien)

(1) Der Europäische Rat bestimmt die Grundsätze und die allgemeinen Leitlinien der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, und zwar auch bei Fragen mit verteidigungspolitischen Bezügen ...

(3) ... Der Rat empfiehlt dem Europäi-



die Behauptung ihrer Identität auf internationaler Ebene, insbesondere durch eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, wozu nach Maßgabe des Artikel 17 auch die schrittweise Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik gehört, die zu einer gemeinsamen Verteidigung führen könnte; ... die Erhaltung und Weiterentwicklung der Union als Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechtes, ...

Unter dem Titel V. Bestimmungen über die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ist dies dann wie folgt näher gefaßt:

Artikel 11 (Ziele der Union; Pflichten der Mitgliedstaaten)

(1) Die Union erarbeitet und verwirklicht eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die sich auf alle Bereiche der Außen- und Sicherheitspolitik erstreckt und folgendes Ziel hat:

– die Wahrung der gemeinsamen Werte, der grundlegenden Interessen, der Unabhängigkeit und der Unversehrtheit der Union im Einklang mit den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen; ...

schen Rat gemeinsame Strategien und führt diese durch, indem er insbesondere gemeinsame Aktionen und gemeinsame Standpunkt annimmt.

Artikel 14 (Gemeinsame Aktionen)

(1) Der Rat nimmt gemeinsame Aktionen an. Gemeinsame Aktionen betreffen spezifische Situationen, in denen eine operative Aktion der Union für notwendig erachtet wird. ...

(3) Die gemeinsamen Aktionen sind für die Mitgliedstaaten bei ihren Stellungnahmen und ihrem Vorgehen bindend.

Artikel 17 (Gemeinsame Verteidigungspolitik; WEU)

(1) Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik umfaßt sämtliche Fragen, welche die Sicherheit der Union betreffen, wozu auch die schrittweise Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik im Sinne des Unterabsatzes 2 gehört, die zu einer gemeinsamen Verteidigung führen könnte, falls der Europäische Rat dies beschließt. Er empfiehlt in diesem Fall den Mitgliedstaaten, einen solchen Beschuß gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften anzu-

nehmen.

Die Westeuropäische Union (WEU) ist integraler Bestandteil der Entwicklung der Union; sie eröffnet der Union den Zugang zu einer operativen Kapazität insbesondere im Zusammenhang mit Absatz 2. Sie unterstützt die Union bei der Festlegung der verteidigungspolitischen Aspekte der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik gemäß diesem Artikel. Die Union fördert daher engere institutionelle Beziehung zur WEU im Hinblick auf die Möglichkeit einer Integration der WEU in die Union, falls der Europäische Rat dies beschließt. Er empfiehlt in diesem Fall den Mitgliedstaaten, einen solchen Beschlusß gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften anzunehmen.

Die Politik der Union nach diesem Artikel berührt nicht den besonderen Charakter der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bestimmter Mitgliedstaaten; sie achtet die Verpflichtungen einiger Mitgliedstaaten, die ihre gemeinsame Verteidigung in der Nordatlantikvertragsorganisation (Nato) verwirklicht sehen, aus dem Nordatlantikvertrag und ist vereinbar mit der in jenem Rahmen festgelegten gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Die schrittweise Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik wird in einer von den Mitgliedstaaten als angemessen erachteten Weise durch eine rüstungspolitische Zusammenarbeit zwischen ihnen unterstützt.

(2) Die Fragen, auf die in diesem Artikel Bezug genommen wird, schließen humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, friedenserhaltende Aufgaben sowie Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung einschließlich friedensschaffender Maßnahmen ein. ...

Kampfeinsätze vorgesehen

Mit dem gerade zuletzt genannten macht es sich die Europäische Union zur Aufgabe, sogenannte friedenserhaltende Aufgaben sowie Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung einschließlich friedensschaffender Maßnahmen durchzuführen.

Das ganze Konzept, welches dem gegenwärtigen Nato-Angriff gegen Jugoslawien zugrunde liegt, findet so im Vertrag über die Europäische Union eine Grundlage für spätere, dauerhaftes außenpolitisches und militärisches Verhalten der Europäischen Union. Die Europäische Union stellt von ihrer Warte her eine Verletzung der Menschenrechte und Grundfreiheiten fest. (Artikel 11 Abs. 2) Sie beschließt dann operative Aktionen, die sie für notwendig erachtet. (Artikel 14 Abs. 1) Diese gemeinsamen Aktionen sind für die Mitgliedstaaten bei ihren Stellungnahmen und ihren Vorgehens bindend. (Artikel 14 Abs. 3)

Mit der gemeinsamen Verteidigungspolitik und der WEU will sich die Europäische Union einen militärischen Arm schaffen, um selbständig, unabhängig von der Nato und gestützt auf die eige-

nen Kräfte als regionale Hegemonialmacht schließlich die benannten Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung einschließlich der sogenannten friedenserhaltenden und friedensschaffenden Maßnahmen durchführen zu können.

Angriffskrieg: Im Grundgesetz untersagt, im EU-Vertrag vorgesehen

Während das Grundgesetz den Angriffskrieg ausdrücklich ausschließt und im Strafgesetzbuch seine Vorbereitung unter Strafe stellt, ist mit dem Vertrag über die Europäische Union dann eine Rechtsgrundlage geschaffen, auf der ein Angriffskrieg, wie der gegenwärtig gegen Jugoslawien geführte, begründet und gerechtfertigt werden kann.

Bei der allgemeinen Diskussion über die Rolle der Nato im Jugoslawienkrieg wird vielfach übersehen, dass die ganze Vorbereitung und auch Durchführung dieser militärischen Aktion ganz wesentlich von einer europäischen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union flankiert wird. Die Europäische Union ist gerade in Aktion. Es handelt sich nicht um eine Festlegung, wie in mehr oder minder ferner Zukunft vorgegangen werden kann.

Die Konferenz von Rambouillet war eine Konferenz auf Initiative der Europäischen Union. Der Konferenzvorsitz lag in den Händen der Ratspräidentschaft zu Beginn der Verhandlungen. Die USA waren nicht Konferenzteilnehmer. Die Konferenz von Rambouillet, das dort vorgelegte Vertragswerk, einschließlich der darin enthaltenen unannehbaren Artikel, war praktizierte europäische Außen- und Sicherheitspolitik zur Vorbereitung von Kampfeinsätzen.

Unter deutscher Ratspräidentschaft wurde dann die sogenannte Balkan-Konferenz auf dem Petersberg durchgeführt, an der aus der Europäischen Union neben Außenminister Fischer der Außenminister der zukünftigen Ratspräidentschaft Finnland und der österreichische Außenminister teilnahmen. Als der russische Premier Primakov seinen Vermittlungsversuch gestartet hatte, kam er nach Bonn zum Ratspräsidenten Gerhard Schröder und erstattete dort den Bericht. Schließlich war die Bundestagsdebatte am 15.4.1998 vom Europäischen Rat geprägt, der einen Tag zuvor stattgefunden hatte. Dort hatte Außenminister Fischer seinen sogenannten Friedensplan eingebracht, der vom Rat dann abgesegnet worden war.

Jugoslawien-Krieg: ein EU-Krieg

Man kann festhalten, daß die Europäische Union den gesamten Kampfeinsatz gegen Jugoslawien politisch vor- und ideologisch aufbereitet hat. Der Rückgriff auf die Nato erfolgte deshalb, weil zum einen die Europäische Union noch nicht über den angestrebten militärischen Flügel verfügt, der es ihr ermöglichen würde, die beschlossenen operativen Aktionen auch militärisch in

Kampfeinsätze umzumünzen. Darüber hinaus haben natürlich die USA selbst strategische Interessen, so daß sie nicht tatenlos einem Handeln der Europäischen Union, unabhängig von den USA, zugesehen hätten. Es wäre jedoch fatal, allein oder auch nur ganz überwiegend den USA die Verantwortung für die Nato-Einsätze zuzuschreiben. Die Rolle der Europäischen Union würde damit erheblich unterschätzt.

Auf den sogenannten Feierlichkeiten zum 50jährigen Bestehen der Nato hat die Nato darüber hinaus beschlossen, sich künftig auf sogenannte friedensstiftende Maßnahmen zu konzentrieren. Dies bedeutet, dass nunmehr auch die Nato offenbar dabei ist, ihre Rechtsgrundlagen so auszustalten, dass sie Interventionen decken und ermöglichen.

Die sogenannten friedensstiftenden Maßnahmen der Europäischen Union und der Nato werden in Zukunft immer dort Menschenrechtsverletzungen zum Vorwand für militärisches Eingreifen nehmen, wo wirtschaftliche Interessen der großen Konzerne gefährdet werden. Überall dort, wo wirtschaftliche Interessen der großen Konzerne durch Menschenrechtsverletzungen geschützt werden, wird weder die Europäische Union, noch die Nato sich bemüht fühlen, militärisch einzutreten. Im Gegenteil: Solche Regimes werden in der Regel mehr oder minder offen gestärkt oder geschützt.

Im letzten Jahrzehnt haben sich weltweit Konzernzusammenschlüsse gebildet, deren wirtschaftliche Macht weit größer ist als die Wirtschafts- und Finanzkraft einer Vielzahl von Ländern dieser Erde. Es scheint durchaus möglich, dass die Interessen dieser Mammutkonzerne nicht mehr ausreichend durch einzelne nationale Staaten durchgesetzt werden können. Die USA als insgesamt sehr großer Wirtschaftsraum, aber auch die Europäische Union scheinen dazu erheblich geeigneter.

Eine Entwicklung zu einer friedlichen Weltinnenpolitik, in der das Individuum zu seinem Recht kommen muß, ist damit aber in keiner Weise verbunden. Vielmehr wird immer deutlicher, dass die großen Konzernzusammenschlüsse nach der Auflösung der Sowjetunion und der erheblichen Schwächung Rußlands nach anderen völkerrechtlichen Konstellationen verlangen. Die UNO wird entmachtet. In der Sendung Monitor am 21.4.1999 wurde ein Papier aus dem amerikanischen Pentagon mit der Überschrift „Mit der UNO wenn möglich, ohne die UNO wenn notwendig“ gezeigt.

Die Bedeutung des Nationalstaates hat damit nur für die großen Konzerne abgenommen. Für die kleineren Länder kann der Nationalstaat nach wie vor eine bedeutende Rolle bei der Verteidigung eigener Interessen spielen. Insofern ist die Verteidigung der UNO-Charta, die Verteidigung des Prinzips der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheit

eines fremden Staates zugleich eine Verteidigung gegen das ungehinderte Eingriffsrecht großer Konzerne in die Angelegenheiten eines Staates, der diesen Interessen nicht positiv gegenüber steht.

Es wird von Seiten der Befürworter des Krieges gegen Jugoslawien immer wieder darauf verwiesen, dass solch bestialische Menschenrechtsverletzungen wie im Kosovo am Ende des 20. Jahrhunderts nicht mehr geduldet werden können. Das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten wurde im ausgehenden 18. Jahrhundert begründet. Bereits Immanuel Kant hat in seiner Schrift zum Ewigen Frieden eindringlich darauf hingewiesen. Damals existierten in einer ganzen Reihe europäischer Länder noch Feudalregime, bei denen die Individualrechte der einzelnen Bürger noch nicht einmal konstitutionell abgesichert waren. Das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten beruht also nicht darauf, dass in diesen Staaten billigenswerte Verhältnisse existieren müssten. Es beruht vielmehr darauf, daß durch äußere Interventionen kein Frieden gestiftet werden kann. Vielmehr muß es den Völkern selbst überlassen

sein bleiben, welche inneren Verhältnisse sie zur Grundlage ihres Zusammenlebens machen. Die Auswirkungen des Nato-Luftkrieges auf die serbische Opposition macht deutlich, dass durch äußere Intervention gerade die Kräfte geschwächt werden, die Menschenrechtsverletzungen entgegenwirken könnten.

Die Europäische Union ist in einer verfassungsmäßig äußerst dynamischen Entwicklung begriffen. Der EU-Vertrag wurde am 2.10.1997 im Vertrag von Amsterdam in die zitierte Fassung gebracht. Im Wahlkampf zum Europäischen Parlament ist es dringlich, eine zivile Europäische Union ohne WEU zu thematisieren und auf Streichung bzw. Abänderung der benannten Artikel zu drängen.

Ohne diese Anstrengungen droht eine noch sehr viel gefährlichere Entwicklung. Der Vertrag über die Europäische Union ist rechtlich äußert kompliziert. Teile des Europäischen Unionsvertrages, insbesondere die, die auch die Wirtschafts- und Währungsunion betreffen, sind so ausgestaltet, daß die Europäische Union sogenannte Supranationalität besitzt. Die Entscheidungen der Europäischen Union, insbesondere des Europäischen Rates, haben in den Mitgliedstaaten

ten unmittelbare Wirkungen und setzen diesen Entscheidungen widersprechende gesetzliche Regelungen der Mitgliedstaaten außer Kraft.

Die europäische Außen- und Sicherheitspolitik gehört nicht zu den Bereichen, die der Supranationalität unterworfen sind. Man muß sagen: Sie gehört noch nicht dazu. Die Auswirkungen sind gravierend. Der Bundestag mußte noch über den Einsatz der Bundeswehrstreitkräfte im Jugoslawienkrieg entscheiden. Der Bundestag muß auch über den Einsatz von Bodenstreitkräften entscheiden.

Wenn erst die europäische Außen- und Sicherheitspolitik in den supranationalen Teil des Europäischen Unionsvertrages integriert ist und wenn die WEU ebenfalls in die Europäische Union und in den supranationalen Teil des Vertrages integriert ist, dann wird dem Bundestag die Kompetenz genommen, über den Einsatz von Bundeswehrstreitkräften bei bewaffneten Interventionen zu bestimmen. Die Entscheidung wird dann vom Europäischen Rat selbst fernab jeder parlamentarischen Kontrolle getroffen und hat unmittelbare Wirkung für die Mitgliedstaaten.

(thr)

Dieter Strützel ist tot

Am 9. Mai starb unser Freund und Genosse Dieter Strützel nach langer, schwerer Krankheit. Sein viel zu früher Tod ist ein großer Verlust.

Wir, die wir aus der „neuen Linken“ der alten Bundesländer kommen, haben ihn erst in seinem letzten Lebensjahrzehnt kennengelernt, nach dem Zusammenbruch der DDR und ihrer Annexion durch die BRD. Wir lernten ihn in einem geschichtlichen Augenblick kennen, in dem so vieles unsicher und in dem unabewislich geworden war, daß die alten Antworten nicht mehr auf die alten und erst recht nicht auf die neuen Fragen paßten, in dem die Zerrissenheit der Linken im Westen und die tiefen Gräben zwischen der Linken in Ost und West unerträglich waren und doch fast unüberwindbar schienen.

Daß wir ihn kennenlernten, war für viele von uns ein Glück und eine unschätzbare Erfahrung.

Dieter war ein Mensch, der der Welt, den Mitmenschen mit Neugier, Interesse und Wohlwollen begegnete, der andere auch achtete und solidarisch war, wenn politische Unterschiede bestanden, und der stets jede Art von Ausgrenzung bekämpfte. Sein ganz ungewöhnliches Vermögen, Zusammenhänge und Differenzen im Leben anders Lebender aufzufassen, ermöglichten ihm, in besonderer Weise aktiv an der Entwicklung der kulturellen Beziehungen zwischen dem Osten und dem Westen des Landes und an der Entwicklung vertrauensvoller po-

litischer Zusammenarbeit zwischen den Linken verschiedener Strömungen und Traditionenrichtungen zu arbeiten. Ein Ergebnis ist – seit 1991 – die solidarische Zusammenarbeit von Menschen mit ganz unterschiedlichen Biografien in der Arbeitsgemeinschaft „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ in und bei der PDS, die ohne Dieter so nicht entstanden wäre und deren Sprecher er bis zu seinem Tode war.

Mit Dieter Strützel fest verbunden ist der Begriff der „Politik von unten“, die er nicht romantisch verklärte, sondern als einziger gangbaren Weg der Emanzipation sah, als Weg der Selbsttätigkeit und des gemeinsamen Widerstandes gegen alle Praktiken der Machtausübung als Herrschaft von Menschen über Menschen. Als Praxis, die sich den Problemen offen stellt und die auch die Geschichte unserer sozialistischen Bewegung kritisch reflektiert. In diesem Sinne verstand er die PDS als Organisation, in der Menschen sich zusammenschließen, nicht um irgendwelche fernen Ziele zu erreichen, sondern um alle Fragen und Bedingungen ihres Zusammenlebens selbst zu kontrollieren und selbstbestimmt zu regeln.

Dabei wußte er nicht nur, daß für die Entfaltung einer solchen „Politik von unten“ ein großer Lernprozeß unumgänglich ist. Er hatte auch die große Fähigkeit, abschätzen zu können, was man dafür wissen muß und was man unter den gegebenen Voraussetzungen lernen kann.

Diese Fähigkeit war für die „Linke Schule Schnepfenthal“, an deren Aufbau

und Durchführung er maßgeblich beteiligt war, außerordentlich wertvoll. Mehr als 150 politisch engagierte Menschen aus den alten und neuen Bundesländern haben seit dem ersten Kurs im Sommer 1992 an ihr regelmäßig, mehrfach oder auch nur ein- oder zweimal teilgenommen. Seine Ratschläge waren stets wohlbedacht und zuverlässig. Sie zielten, nicht nur in der Geschichtsgruppe, in der er mitwirkte, auf die Entwicklung der Fähigkeit zur Ent-Unterwerfung, auf die Stärkung des Selbstvertrauens zum Widerstand gegen jede Verletzung von Menschenrechten, gleich ob sozialen oder individuellen. „Bildung als Emanzipation“ – die der „Linken Schule“ zugrundeliegende Idee fand in Dieter Strützel in all den Jahren einen großen Rückhalt.

Wie er öfter unterstrich, sind Biografien nicht übertragbar. So wirkt man zusammen, lernt etwas zusammen, hilft sich – mit seinem Tod ist nun etwas unüberbringlich vorbei. Sein waches Interesse am Leben macht besonders traurig, daß er nicht alt und lebens-satt verstarben konnte, sondern brutal aus einer vielseitigen und entwickelten Praxis herausgerissen wurde.

Dieter Strützel hat in dem Grenzland zwischen dem akademischen Betrieb, der Arbeit in politischen Organisationen und eben auch der „Linken Schule Schnepfenthal“ Wege gesucht und gebahnt. Es schmerzt, daß er sie nicht mehr mitgehen kann.

Wir werden Dieter Strützel nicht vergessen. Er war ein freundlicher und liebenswerter Mensch in einer unfreundlichen Zeit. Christiane Schneider

28. Mai 1999: 50. Bundesparteitag der F.D.P in Bremen

25.-29. Mai 1999: Internationaler Euromarsch Brüssel-Köln.

29. Mai 1999: Großdemonstration gegen Erwerbslosigkeit, ungesicherte Beschäftigung, Ausgrenzung und Rassismus in Köln. Erwartet werden mehrere zehntausend Menschen aus allen Ländern Europas und darüber hinaus (z.B. landlose Bauern aus Brasilien und Indien). 12.00 Uhr Aufstellung auf dem Rudolfplatz, 13.00 Uhr Beginn der Auftaktkundgebung, 14.30 Uhr Beginn der Demonstration, 17.30 Uhr vorauss. Ende der Schlufkundgebung. Siehe zu weiteren Veranstaltungen die letzte Ausgabe der Politischen Berichte / Termine

1. bis 30. Juni 1999: Das kurdische Dorf in Köln. Gemeinsam mit der Kurdischen Akademie in Neuss wird der Rechtshilfeverein AZADI das kurdische Dorf in Köln organisieren: „Xaniyegel“. Einen Monat lang werden kurdische Nomadenzelte und Nachbildungen kurdischer Stein- und Lehmhäuser zu sehen sein, ausgestattet mit Teppichen, Schmuck und Einrichtungsgegenständen des kurdischen Alltagslebens. Das Dorf ist mit Menschen „bevölkert“, die die häuslichen und handwerklichen Tätigkeiten vor den Augen der Besucher verrichten. Die Ausstellung soll durch ein kulturelles Rahmenprogramm, Informationsveranstaltungen u.a. ergänzt werden. Weitere Informationen bei: AZADI, Rechtshilfeverein für Kurdiinnen und Kurden in Deutschland, Tel. (02 21) 0 23 44 97, Fax (02 21) 9 23 44 99

1. Juni bis 11. Juli 1999: Die Ausstellung Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944 kehrt nach Hamburg zurück und ist zu sehen in der Freien Akademie der Künste Hamburg, Klosterwall 23, täglich von 19-18 Uhr. Das ständig aktualisierte Begleitprogramm befindet sich im Internet unter: <http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/sozS/vernichtungskrieg>

3. Juni 1999: Demonstration gegen den EU-Gipfel in Köln. 13.00 Uhr Auftaktkundgebung, Offenbachplatz. Kontakt: Bundesweites linksradikales Anti-EU+WWG-Plenum, c/o AStA PH Köln, Gronewaldstr. 2, 50931 Köln, Tel. (02 21) 40 42 31, Fax -4 70 50 71

3.-6. Juni 1999: Internationaler EU-Gegenkongress in Köln mit drei Foren: Ökonomie / EU-Imperialismus, Ökologie/Bioethik, Repression. Kontakt: s.u. 3.6.

4./5. Juni 1999: Bremen: Gewerkschaftspolitische Konferenz der PDS: Zu Sozialen Fragen in Europa

5. Juni 1999: Außerordentlicher Friedenspolitischer Ratschlag in Kassel, Gesamthochschule Kassel, Ingenieurschule, Wilhelmshöherallee. Kontakt: Bundesausschuß Friedensratschlag Kassel c/o DGB-Kreis Kassel, Spohrstr. 6, 34117 Kassel, Tel.: 0561/72095-0, Fax: 0561/7209533. E-Mail: strutype@hrz.uni-kassel.de

5. Juni 1999: Hamburg: Den Naziaufmarsch in Hamburg verhindern! Demonstration, 10 Uhr, Stephansplatz / Kriegsklotz

5. Juni 1999: Außerordentlicher Landesparteitag der SPD Thüringen in Erfurt. Thema: Vorbereitung Landtagswahl

6. Juni 1999: Köln, Offenes Entwicklungspolitisches Forum der PDS: „Europa für eine solidarische Welt“. 13.30 bis 15.00 Uhr Podiumsdiskussion „Europa im Spannungsfeld der Weltwirtschaft“ mit Elmar Altvater, einem Vertreter der Landlosenbewegung Mexikos u.a., 15-17 Uhr Diskussionsrunden, 17.30 bis 19 Uhr Abschlußpodium „Grundwerte der EU – Widersprüche in sich oder Herausforderung für die Politik“ mit VertreterInnen von GroenLinks aus Dänemark, der SP aus den Niederlanden, von Euromarsch und einer Europa-Kandidatin der PDS

6. Juni 1999: Bürgerschaftswahl in Bremen

11. Juni 1999: Anhörung der Grünen Bundestagsfraktion zum Thema Ju-genderwerbslosigkeit. 10-17 Uhr im Wasserwerk, Hermann-Ehlers-Str. 29, Bonn

13. Juni 1999: Europawahl, Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz, Saarland, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen

14. Juni 1999: Bonn, Anhörung der PDS-Bundestagsfraktion zum Thema: Soziale und demokratische Weltwirtschaftsordnung statt neoliberaler Globalisierung! Ort: Bonn, Charles-de-Gaulle-Straße 6, Teilnehmer/in: Dr. Christof Scherrer (Politologe), Dr. Ingo Schmidt (Ökonom), Peter Wahl (WEED). Weitere Informationen durch: Büro MdB Ulla Lötzer (Tel.: 0228-16 81444). Hinweise: Schwerpunkte: – Regulation der internationalen Finanzmärkte – soziale und gewerkschaftliche Standards – Direktinvestitionen und Unternehmensfusionen – Demokratisierung der internationalen Institutionen – Entschuldung von Entwicklungsländern

16. Juni 1999: 28. Evangelischer Kirchentag

18./20. Juni 1999: Weltwirtschaftsgipfel in Köln. Ein bundesweites Bündnis ruft zu einem Gegengipfel und zur Demonstration in Köln auf.

26. Juni 1999: Sitzung des Arbeitsausschusses des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, 12.00 bis 16.00 Uhr, Köln, Zülpicher Str. 7

9. bis 10. Juli 1999: Landesparteitag der SPD Baden-Württemberg in Friedrichshafen.

12. bis 15. August 1999: Linke Schule in Friedrichroda, Thüringen. Ankündigung der Kurse in der nächsten Ausgabe der PB.

5. September 1999: Landtagswahl in Brandenburg

12. September 1999: Kommunalwahlen in NRW, Landtagswahl in Thüringen

19. September 1999: Landtagswahl in Sachsen

1.-3. Oktober: Tagung: Soziale Gerechtigkeit statt „Innerer Sicherheit“ – Alternativen zur Aufrüstung der Gesellschaft, Ort: Haus Venusberg Bonn, Anmeldung: Bund für Soziale Verteidigung und Internationaler Versöhnungsbund/Dt. Zweig: Ringstr. 9a, 32427 Minden, Tel.: 0571-850875 oder 0571-294456

10. Oktober: Wahlen zum Abgeordnetenhaus und den BVVen in Berlin

In einem gibt es keinen Kompromiß:
Du sollst nicht töten.

Frieden!

Europa, wir kommen.



13. Juni: PDS-Liste zu Europawahlen

- **Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann**, Gemeinsam mit anderen fortschrittlichen Kräften für eine starke Linke in Europa! • **Dr. André Brie**, Man muß der Zeit die Stirn bieten, sonst kostet es den Kopf! • **Christel Fiebiger**, Das Thema Landwirtschaft darf nicht den Konservativen überlassen werden!
- **Dr. Hans Modrow**, Europa schaffen ohne Waffen! • **Feleknas Uca**, Gleiche Rechte für alle! • **Dr. Helmuth Markov**, Für starke europäische Wirtschaftsregionen zur Arbeitsplatzbeschaffung! • **Brigitte Triems**, Gleichstellungspolitik darf nicht fünftes Rad am Wagen sein! • **Andreas Wehr**, Bei der Vergabe der Fördergelder der Europäischen Union muß es gerecht zugehen! • **Monika Runge**, Europa ist keine Zentralbank! • **Dr. Keith Barlow**, 35-Stunden-Arbeitswoche und kürzere Lebensarbeitszeit in ganz Europa! • **Anna Maria Mörckian**, Gemeinsam für ein friedliches Europa! • **Leo Mayer**, Europa braucht eine Sozial- und Beschäftigungsunion! • **Dr. Hannelis Schulte**, Europa schaffen ohne Waffen! • **Dr. Wolfgang Bierstedt**, Eine starke Linke – für soziale Gerechtigkeit in Europa!